

# Bundesgesetzblatt <sup>1309</sup>

Teil I

Z 5702 A

1983

Ausgegeben zu Bonn am 4. November 1983

Nr. 46

Tag	Inhalt	Seite
20. 10. 83	Verordnung über die Ausbildungsförderung für den Besuch von Instituten zur Ausbildung von Fachlehrern und Sportlehrern (BAföG-FachlehrerV) ..... neu: 2171-2-11	1310
24. 10. 83	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Tabaksteuergesetzes . 612-1-6-1	1311
27. 10. 83	Erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens ..... 7111-1-2	1313
28. 10. 83	Änderungsverordnung 1983 zur Ersten bis Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes ..... 251-1-1, 251-1-2, 251-1-3	1314
28. 10. 83	Fünfundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes ..... neu: 251-3-25	1331
28. 10. 83	Verordnung über die Einfuhr und die Durchfuhr von Süßwasserfischen (Fische-Einfuhrverordnung) ..... neu: 7831-1-43-26	1332
28. 10. 83	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen ..... 2171-2-8-3	1339
28. 10. 83	Neufassung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen ..... 2171-2-8-3	1340
25. 10. 83	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 32 Abs. 6 Satz 1 und Abs. 8 sowie § 43 Nr. 4 des Asylverfahrensgesetzes) ..... 1104-5, 26-5	1345

#### Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 27 .....	1346
Verkündungen im Bundesanzeiger .....	1347
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften .....	1347

**Verordnung  
über die Ausbildungsförderung für den Besuch von Instituten zur Ausbildung  
von Fachlehrern und Sportlehrern  
(BAföG-FachlehrerV)**

**Vom 20. Oktober 1983**

Auf Grund des § 2 Abs. 3 Nr. 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**§ 1**

**Ausbildungsstätten**

(1) Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz wird geleistet für den Besuch

1. von Instituten und Einrichtungen zur fachlichen Ausbildung künftiger Fachlehrer,
2. von Instituten zur pädagogischen Ausbildung künftiger Fachlehrer,
3. von Instituten zur Ausbildung von Pädagogischen Assistenten,
4. des Lehrgangs mit dem Ausbildungsziel „Sportlehrer im freien Beruf“ im Sportzentrum der Technischen Universität München,
5. des Lehrgangs mit dem Ausbildungsziel „Staatlich geprüfter Sportlehrer“ im Sportzentrum der Universität Trier,
6. des Lehrgangs mit dem Ausbildungsziel „Staatlich geprüfter Fußball-Lehrer“ an der Deutschen Sporthochschule Köln.

(2) Ausbildungsförderung wird nur geleistet, wenn die Ausbildung in einer öffentlichen oder in einer durch die

zuständige Landesbehörde staatlich anerkannten oder genehmigten Einrichtung durchgeführt wird oder wenn die zuständige Landesbehörde anerkennt, daß der Besuch der Einrichtung dem Besuch der in Absatz 1 bezeichneten Einrichtungen gleichwertig ist.

**§ 2**

**Förderungsrechtliche Stellung der Auszubildenden**

Die Auszubildenden der in § 1 Abs. 1 Nr. 2 genannten Ausbildungsstätten in den Fächern „Handarbeit“ und „Hauswirtschaft“ erhalten Ausbildungsförderung wie Auszubildende von Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 BAföG). Im übrigen erhalten die nach dieser Verordnung zu fördernden Auszubildenden Ausbildungsförderung wie Schüler an Berufsfachschulen.

**§ 3**

**Berlin-Klausel**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 67 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes auch im Land Berlin.

**§ 4**

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1983 in Kraft.

Bonn, den 20. Oktober 1983

Der Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft  
Dr. Dorothee Wilms

---

## Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Tabaksteuergesetzes

Vom 24. Oktober 1983

Auf Grund des § 25 Nr. 4, 11 und 14 des Tabaksteuergesetzes vom 13. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2118) wird verordnet:

### Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Tabaksteuergesetzes vom 21. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2297), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. April 1982 (BGBl. I S. 565), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Ausgenommen sind Zigarettenpackungen, an denen Steuerzeichen angebracht sind.“

2. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 4 werden die Worte „zentral von einer Steuerzeichenstelle beziehen“ durch die Worte „im Bezirk einer Steuerzeichenstelle zentral bestellen“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Steuerzeichen sind zu bestellen

1. im Regelfall eine Woche vor Bedarf,
2. mindestens vier Wochen vor Bedarf, wenn es sich um wesentlich größere Mengen einzelner Steuerzeichensorten als bisher oder um einzelne bisher nicht hergestellte Steuerzeichensorten handelt,
3. mindestens acht Wochen vor Bedarf, wenn der Steuertarif geändert wird und neue Steuerzeichen eingeführt werden oder wenn bei Tabakwaren umfassende Änderungen der Kleinverkaufspreise vorgenommen werden.

Wird der Steuertarif geändert, ist der Steuerzeichenstelle der zu erwartende Bedarf an Steuerzeichen für einen Monat mindestens vier Wochen vor Bestellung schriftlich mitzuteilen. Auf Antrag des Bezieher werden Steuerzeichen vor Ablauf der Bestellfristen nach den Nummern 1 bis 3 ausgeliefert, wenn sie früher zur Verfügung stehen.“

c) Folgende Absätze 4 bis 7 werden angefügt:

„(4) Sind wegen einer Änderung des Steuertarifs neue Steuerzeichen zu verwenden, ist der Restbedarf an alten Steuerzeichen spätestens sechs Wochen vor Inkrafttreten der Steuertarifänderung unter Angabe der Auslieferungstermine zu bestellen.

(5) Nimmt ein Steuerzeichenbezieher bestellte Steuerzeichen ganz oder teilweise nicht ab, gilt die Nichtabnahme als Antrag auf Erlaß der Steuerzeichenschuld mit Rückgabe der nicht abgenommenen Steuerzeichen.

(6) Die Steuerzeichenstelle kann auf Antrag zur Erleichterung der Lieferung von Steuerzeichen in Herstellungsbetrieben Steuerzeichenlager als eigene Außenlager widerruflich zulassen, wenn dadurch die Steuerbelange nicht beeinträchtigt werden.

(7) Bezieher, in deren Herstellungsbetrieben Steuerzeichenlager zugelassen worden sind, können anstatt der Bestellungen mit Bestellzettel nach Absatz 3 ihren Bedarf an Steuerzeichen für höchstens vier Wochen schriftlich mitteilen, wenn sie sich vorher der Steuerzeichenstelle gegenüber schriftlich verpflichten, dem Bund die Herstellungskosten und die Transportkosten für die als Bedarf angegebenen Steuerzeichen zu ersetzen, die sie innerhalb von zwölf Wochen nach Aufnahme der Steuerzeichen in das Steuerzeichenlager nicht mit Bestellzettel beziehen. Für die Bedarfsmittelung gelten die Bestellfristen entsprechend. Bei Entnahme der Steuerzeichen aus dem Steuerzeichenlager unter Steueraufsicht sind Bestellzettel abzugeben.“

3. In § 16 Abs. 5 Satz 2 werden die Worte „und Absatz 3“ durch die Worte „und Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.

4. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Folgender neuer Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Abweichend von Absatz 1 sind Anträge auf Erlaß oder Erstattung der Steuerzeichenschuld mit Rückgabe nicht entwerteter Steuerzeichen nicht bei der Steuerzeichenstelle, sondern beim Hauptzollamt einzureichen, wenn die Steuerzeichen wegen Änderung des Steuertarifs ungültig geworden sind oder vor Ablauf von zwei Wochen nach Antragstellung ungültig werden. Die Steuerzeichen sind vom Antragsteller unter Steueraufsicht zu vernichten. Die Vernichtung ersetzt in diesen Fällen die Rückgabe der Steuerzeichen.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

c) Der bisherige Absatz 3 wird durch folgenden neuen Absatz 4 ersetzt:

„(4) Der Erstattungsbetrag wird mit noch nicht entrichteter Steuer und Steuerzeichenschuld in der zeitlichen Reihenfolge der Forderungen des Bundes verrechnet. Bei anderen Zollstellen zum Soll stehende Beträge sind dabei zu berücksichtigen. Übersteigt der Erstattungsbetrag die Steuer und Steuerzeichenschuld, wird der Unterschiedsbetrag zur späteren Verrechnung gutgeschrieben oder auf Antrag ausbezahlt.“

d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Werden Steuerzeichen an die Steuerzeichenstelle zurückgegeben, entwertete Steuerzei-

chen oder angebrachte Steuerzeichen vor dem Entstehen der Steuer unter Steueraufsicht vernichtet oder ungültig gemacht, ist Erstattung durch Verrechnung, Gutschrift oder Zahlung nur zulässig, wenn der Antragsteller nachweist, daß er die Steuerzeichenschuld für die Steuerzeichen bereits entrichtet hat. Wird der Nachweis nicht erbracht, sind die Steuerzeichenschulden in zeitlicher Reihenfolge entgegengesetzt zu ihrer Fälligkeit zu erlassen."

5. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Für Einführer, die im Erhebungsgebiet keine gewerbliche Niederlassung haben, ist das Hauptzollamt Bielefeld zuständig.“

b) In Absatz 3 Nr. 3 werden nach dem Wort „Stückgewichte“ ein Komma und die Worte „bei Zigaretten der Länge des Tabakstrangs“ eingefügt.

c) In Absatz 4 werden nach den Worten „Absatz 3 Nr. 1 und 2“ die Worte „mit Angaben über Länge und Breite der Zigarettenblättchen und Länge der Zigarettenhüllen ohne Filter und Mundstück“ eingefügt.

d) Folgender neuer Absatz 5 wird eingefügt:

„(5) Einführer von Tabakwaren müssen jeder Ausfertigung der Anmeldung ein Sortenverzeichnis nach Absatz 3 Nr. 3 beifügen. Einführer von Zigarettenhüllen müssen Angaben über Länge und Breite der Zigarettenblättchen und Länge der Zigarettenhüllen ohne Filter und Mundstück machen.“

e) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden Absätze 6 und 7.

6. § 29 Abs. 1 Nr. 6 wird wie folgt gefaßt:

„6. entgegen § 23 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, 3 Satz 1, Abs. 4 oder 5 Anmeldungen nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig einreicht oder die vorgeschriebenen Unterlagen nicht beifügt,“.

7. § 30 wird wie folgt gefaßt:

„§ 30

#### Übergangsvorschriften

Hersteller und Einführer, die die Herstellung oder Einfuhr vor dem 1. Dezember 1983 angemeldet haben, müssen die Anmeldung nach § 23 bis zum 1. Juni 1984 ergänzen

1. wenn sie Zigaretten herstellen, um die Angaben über die Länge des Tabakstrangs,
2. wenn sie Zigarettenhüllen herstellen oder einführen, um die Angaben über Länge und Breite der Zigarettenblättchen und die Länge der Zigarettenhüllen ohne Filter und Mundstück,
3. wenn sie Tabakwaren einführen, um das Sortenverzeichnis.“

#### Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 28 des Tabaksteuergesetzes auch im Land Berlin.

#### Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1983 in Kraft.

Bonn, den 24. Oktober 1983

Der Bundesminister der Finanzen  
In Vertretung  
Obert

**Erste Verordnung  
zur Änderung der Gebührenordnung für Amtshandlungen  
auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens**

**Vom 27. Oktober 1983**

Auf Grund des § 51 des Schornsteinfegergesetzes vom 15. September 1969 (BGBl. I S. 1634, 2432) in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**Artikel 1**

In § 2 der Gebührenordnung für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens vom 22. April 1975 (BGBl. I S. 989) werden geändert:

1. in den Nummern 1 und 4 der Betrag von „40“ in „50“;
2. in Nummer 2 der Betrag von „400“ in „500“;
3. in den Nummern 6, 7 und 9 der Betrag von „50“ in „62,50“;
4. in Nummer 8 der Betrag von „120“ in „150“.

**Artikel 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 59 des Schornsteinfegergesetzes auch im Land Berlin.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 27. Oktober 1983

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Lambsdorff

---

**Änderungsverordnung 1983  
zur Ersten bis Dritten Verordnung  
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes  
Vom 28. Oktober 1983**

Auf Grund der §§ 27, 42 Abs. 1 und 3 sowie der §§ 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 251-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, von denen die §§ 27, 42 Abs. 1 und 3 und § 126 durch das BEG-Schlußgesetz vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315) geändert und § 166 b durch das gleiche Gesetz eingefügt worden sind, verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

**Artikel 1  
Änderung der 1. DV-BEG**

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 13. April 1966 (BGBl. I S. 292, 393), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 22. Februar 1983 (BGBl. I S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
die Witwe .....	304	316	329	345	373	418	451	494	553
den Witwer .....	304	316	329	345	373	418	451	494	553
die Vollwaise .....	153	159	165	173	187	209	226	247	277
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115	120	125	131	141	158	171	187	209
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85	88	92	96	104	116	125	137	153
die dritte und jede fol- gende Halbwaise je	76	79	82	86	93	104	112	123	138
den elternlosen Enkel ..	153	159	165	173	187	209	226	247	277
die Eltern oder Adoptiv- eltern zusammen .....	229	238	248	260	281	315	340	372	417
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil .....	153	159	165	173	187	209	226	247	277

	vom 1.1.1975 bis 31.1.1976 DM	vom 1.2.1976 bis 31.1.1977 DM	vom 1.2.1977 bis 28.2.1978 DM	vom 1.3.1978 bis 28.2.1979 DM	vom 1.3.1979 bis 29.2.1980 DM	vom 1.3.1980 bis 28.2.1981 DM	vom 1.3.1981 bis 30.6.1982 DM	vom 1.7.1982 bis 30.6.1983 DM	ab 1.7.1983 DM
die Witwe .....	586	642	706	755	800	860	903	939	958
den Witwer .....	586	642	706	755	800	860	903	939	958
die Vollwaise .....	294	322	354	379	402	432	454	472	481
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	222	243	267	286	303	326	342	356	363
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	162	177	195	209	222	239	251	261	266
die dritte und jede folgen- de Halbwaise je	146	160	176	188	199	214	225	234	239
den elternlosen Enkel ..	294	322	354	379	402	432	454	472	481
die Eltern oder Adoptiv- eltern zusammen .....	442	484	532	569	603	648	680	707	721
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil .....	294	322	354	379	402	432	454	472	481."

## 2. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält folgende Fassung:

„Anlage 1  
zu § 10 der 1. DV-BEG

## Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3. 1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8. 1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31. 12. 1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31. 12. 1971	13 440	17 505	23 983	34 178
	bis 31. 12. 1972	14 563	18 919	25 818	35 960
	bis 31. 12. 1973	16 021	20 703	28 093	38 625
	bis 31. 12. 1974	18 062	22 891	31 051	41 960
	bis 31. 1. 1976	19 146	24 264	32 914	44 058
	bis 31. 1. 1977	20 107	25 357	34 417	45 767
	bis 28. 2. 1978	21 148	26 668	36 177	47 926
	bis 28. 2. 1979	22 079	27 823	37 751	50 015
	bis 29. 2. 1980	22 942	28 903	39 214	51 913
	bis 28. 2. 1981	24 357	30 673	41 609	55 060
	bis 30. 6. 1982	25 453	31 984	43 297	57 184
	bis 30. 6. 1983	26 321	33 120	44 903	59 065
	ab 1. 7. 1983	26 797	33 725	45 737	60 074

Vergleichbarer Dienst		Einfacher	Mittlerer	Gehobener	Höherer
		Dienst	Dienst	Dienst	Dienst
		DM	DM	DM	DM
2. Unfallruhegehalt (66⅔ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
	bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
	bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
	bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
	bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
	bis 31. 3. 1969	6 299	7 568	11 815	17 184
	bis 31. 8. 1969	7 232	9 086	13 252	18 591
	bis 31. 12. 1970	8 077	10 072	14 492	19 997
	bis 31. 12. 1971	8 959	11 669	15 987	22 783
	bis 31. 12. 1972	9 709	12 613	17 212	23 973
	bis 31. 12. 1973	10 681	13 802	18 729	25 750
	bis 31. 12. 1974	12 041	15 261	20 701	27 973
	bis 31. 1. 1976	12 764	16 176	21 943	29 372
	bis 31. 1. 1977	13 405	16 905	22 945	30 511
	bis 28. 2. 1978	14 099	17 779	24 118	31 951
	bis 28. 2. 1979	14 719	18 549	25 167	33 343
	bis 29. 2. 1980	15 295	19 269	26 143	34 609
	bis 28. 2. 1981	16 238	20 449	27 739	36 707
	bis 30. 6. 1982	16 969	21 323	28 865	38 123
	bis 30. 6. 1983	17 547	22 080	29 935	39 377
	ab 1. 7. 1983	17 865	22 483	30 491	40 049
	3. Witwengeld (60 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720
bis 31. 3. 1953		1 500	1 996	3 155	5 104
bis 31. 12. 1955		1 637	2 270	3 590	5 808
bis 31. 3. 1957		1 786	2 477	3 917	6 336
bis 31. 5. 1960		2 059	2 834	4 378	6 992
bis 31. 12. 1960		2 204	3 032	4 684	7 412
bis 30. 6. 1962		2 380	3 275	5 059	7 931
bis 28. 2. 1963		2 522	3 471	5 312	8 327
bis 30. 9. 1964		2 750	3 471	5 312	8 327
bis 31. 8. 1965		2 971	3 748	5 684	8 909
bis 31. 12. 1965		3 360	4 037	6 302	9 300
bis 30. 9. 1966		3 494	4 198	6 554	9 672
bis 30. 6. 1968		3 634	4 366	6 817	9 962
bis 31. 3. 1969		3 779	4 541	7 089	10 311
bis 31. 8. 1969		4 339	5 452	7 951	11 155
bis 31. 12. 1970		4 846	6 043	8 695	11 998
bis 31. 12. 1971		5 376	7 008	9 600	13 668
bis 31. 12. 1972		5 832	7 572	10 332	14 388
bis 31. 12. 1973		6 408	8 280	11 232	15 456
bis 31. 12. 1974		7 224	9 156	12 420	16 788
bis 31. 1. 1976		7 656	9 708	13 164	17 628
bis 31. 1. 1977		8 040	10 140	13 764	18 312
bis 28. 2. 1978		8 460	10 668	14 472	19 176
bis 28. 2. 1979		8 832	11 136	15 096	20 004
bis 29. 2. 1980		9 180	11 556	15 684	20 760
bis 28. 2. 1981		9 744	12 264	16 644	22 020
bis 30. 6. 1982		10 188	12 792	17 316	22 872
bis 30. 6. 1983		10 524	13 248	17 964	23 628
ab 1. 7. 1983		10 716	13 488	18 300	24 036
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)		bis 30. 9. 1951	620	860	1 360
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
	DM	DM	DM	DM
bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
bis 31. 3. 1969	1 890	2 271	3 545	5 155
bis 31. 8. 1969	2 170	2 726	3 976	5 577
bis 31. 12. 1970	2 423	3 022	4 348	5 999
bis 31. 12. 1971	2 688	3 504	4 800	6 840
bis 31. 12. 1972	2 916	3 792	5 172	7 200
bis 31. 12. 1973	3 204	4 140	5 616	7 728
bis 31. 12. 1974	3 612	4 584	6 216	8 388
bis 31. 1. 1976	3 828	4 848	6 588	8 808
bis 31. 1. 1977	4 020	5 076	6 888	9 156
bis 28. 2. 1978	4 236	5 340	7 236	9 588
bis 28. 2. 1979	4 416	5 568	7 548	10 008
bis 29. 2. 1980	4 584	5 784	7 848	10 380
bis 28. 2. 1981	4 872	6 132	8 328	11 016
bis 30. 6. 1982	5 088	6 396	8 664	11 436
bis 30. 6. 1983	5 268	6 624	8 976	11 808
ab 1. 7. 1983	5 364	6 744	9 144	12 012."

**Artikel 2**

**Änderung der 2. DV-BEG**

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 31. März 1966 (BGBl. I S. 285), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 22. Februar 1983 (BGBl. I S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente  
(§ 32 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1.1.1966 bis 30.9.1966 DM	vom 1.10.1966 bis 30.6.1968 DM	vom 1.7.1968 bis 31.3.1969 DM	vom 1.4.1969 bis 31.8.1969 DM	vom 1.9.1969 bis 31.12.1970 DM	vom 1.1.1971 bis 31.12.1971 DM	vom 1.1.1972 bis 31.12.1972 DM	vom 1.1.1973 bis 31.12.1973 DM	vom 1.1.1974 bis 31.12.1974 DM
von 25 bis 39 v. H. ....	153	159	165	173	187	209	226	247	277
von 40 bis 49 v. H. ....	191	199	207	217	234	262	283	310	347
von 50 bis 59 v. H. ....	229	238	248	260	281	315	340	372	417
von 60 bis 69 v. H. ....	266	277	288	302	326	365	394	431	483
von 70 bis 79 v. H. ....	304	316	329	345	373	418	451	494	553
von 80 und mehr v. H. ....	380	395	411	431	465	521	563	616	690
	vom 1.1.1975 bis 31.1.1976 DM	vom 1.2.1976 bis 31.1.1977 DM	vom 1.2.1977 bis 28.2.1978 DM	vom 1.3.1978 bis 28.2.1979 DM	vom 1.3.1979 bis 29.2.1980 DM	vom 1.3.1980 bis 28.2.1981 DM	vom 1.3.1981 bis 30.6.1982 DM	vom 1.7.1982 bis 30.6.1983 DM	ab 1.7.1983 DM
von 25 bis 39 v. H. ....	294	322	354	379	402	432	454	472	481
von 40 bis 49 v. H. ....	368	403	443	474	502	540	567	590	602
von 50 bis 59 v. H. ....	442	484	532	569	603	648	680	707	721
von 60 bis 69 v. H. ....	512	561	617	660	700	753	791	823	840
von 70 bis 79 v. H. ....	586	642	706	755	800	860	903	939	958
von 80 und mehr v. H. ....	731	800	879	941	997	1 072	1 126	1 171	1 194."

2. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente  
(§ 32 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
354	368	383	401	433	485	524	574	643
vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom 1. 7. 1982 bis 30. 6. 1983 DM	ab 1. 7. 1983 DM
682	747	821	878	931	1 001	1 051	1 093	1 115."

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu den §§ 13 und 14) erhält folgende Fassung:

„Anlage  
zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum	ab						
		voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	voll- endetem 30. Lebens- jahr DM	voll- endetem 35. Lebens- jahr DM	voll- endetem 40. Lebens- jahr DM	voll- endetem 45. Lebens- jahr DM	voll- endetem 50. Lebens- jahr DM	voll- endetem 55. Lebens- jahr DM
1. Dienstekommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951	2 400	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300
	bis 31. 3. 1953	2 784	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	bis 30. 6. 1962	4 868	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	5 573	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426
	bis 31. 12. 1965	6 108	6 490	6 872	7 254	7 636	8 018	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1966	6 352	6 750	7 147	7 544	7 941	8 339	8 736	8 736
	bis 30. 6. 1968	6 606	7 020	7 433	7 846	8 259	8 673	9 085	9 085
	bis 31. 3. 1969	6 870	7 301	7 730	8 160	8 589	9 020	9 448	9 448
	bis 31. 8. 1969	8 040	8 604	9 168	9 732	10 284	10 848		
	bis 31. 12. 1970	9 108	9 708	10 308	10 920	11 520	12 120		
	bis 31. 12. 1971	10 236	10 872	11 520	12 156	12 804	13 440		
	bis 31. 12. 1972	11 220	11 892	12 552	13 224	13 896	14 568		
	bis 31. 12. 1973	12 468	13 176	13 884	14 604	15 312	16 020		
	bis 31. 12. 1974	14 460	15 180	15 900	16 620	17 340	18 060		
bis 31. 1. 1976	15 324	16 092	16 848	17 616	18 384	19 152			
bis 31. 1. 1977	16 296	17 064	17 820	18 588	19 344	20 112			
bis 28. 2. 1978	17 136	17 940	18 744	19 548	20 352	21 144			
bis 28. 2. 1979	17 892	18 732	19 572	20 400	21 240	22 080			
bis 29. 2. 1980	18 588	19 452	20 328	21 204	22 068	22 944			
bis 28. 2. 1981	19 728	20 652	21 576	22 500	23 424	24 360			
bis 30. 6. 1982	20 664	21 624	22 572	23 532	24 492	25 452			
bis 30. 6. 1983	21 324	22 320	23 316	24 324	25 320	26 316			
ab 1. 7. 1983	21 696	22 716	23 736	24 756	25 776	26 796			
2. Dienstekommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
bis 30. 6. 1962	5 517	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186	

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr DM
	bis 28. 2. 1963	5 848	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 31. 8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31. 12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30. 9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30. 6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	bis 31. 3. 1969	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
	bis 31. 8. 1969	8 664	9 660	10 656	11 652	12 636	13 632		
	bis 31. 12. 1970	9 780	10 848	11 916	12 984	14 052	15 108		
	bis 31. 12. 1971	11 064	12 348	13 644	14 928	16 212	17 508		
	bis 31. 12. 1972	12 216	13 548	14 892	16 236	17 580	18 924		
	bis 31. 12. 1973	13 584	15 012	16 428	17 856	19 284	20 700		
	bis 31. 12. 1974	15 576	17 040	18 504	19 968	21 432	22 896		
	bis 31. 1. 1976	16 500	18 060	19 608	21 156	22 716	24 264		
	bis 31. 1. 1977	17 460	19 044	20 616	22 200	23 784	25 356		
	bis 28. 2. 1978	18 348	20 016	21 672	23 340	25 008	26 664		
	bis 28. 2. 1979	19 140	20 868	22 608	24 348	26 088	27 828		
	bis 29. 2. 1980	19 872	21 672	23 484	25 284	27 096	28 896		
	bis 28. 2. 1981	21 072	22 992	24 912	26 832	28 752	30 672		
	bis 30. 6. 1982	22 044	24 036	26 016	28 008	29 988	31 980		
	bis 30. 6. 1983	22 740	24 816	26 892	28 968	31 044	33 120		
	ab 1. 7. 1983	23 148	25 260	27 372	29 496	31 608	33 720		
3. Dienstekommen jährlich	bis 30. 9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
Gehobener Dienst	bis 31. 12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30. 6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28. 2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30. 9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31. 8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
	bis 31. 12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100
	bis 30. 9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704
	bis 30. 6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332
	bis 31. 3. 1969	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985
	bis 31. 8. 1969	11 832	13 272	14 712	16 152	17 592	19 032		
	bis 31. 12. 1970	13 056	14 580	16 092	17 616	19 128	20 652		
	bis 31. 12. 1971	14 700	16 272	17 844	19 404	20 976	22 548		
	bis 31. 12. 1972	16 152	17 784	19 404	21 024	22 644	24 264		
	bis 31. 12. 1973	17 844	19 560	21 276	22 980	24 696	26 412		
	bis 31. 12. 1974	19 836	21 708	23 580	25 452	27 324	29 184		
	bis 31. 1. 1976	21 024	23 004	24 996	26 976	28 956	30 936		
	bis 31. 1. 1977	21 948	23 988	26 040	28 092	30 132	32 184		
	bis 28. 2. 1978	23 052	25 164	27 288	29 400	31 524	33 648		
	bis 28. 2. 1979	24 036	26 220	28 416	30 612	32 808	34 992		
	bis 29. 2. 1980	24 948	27 204	29 472	31 740	34 008	36 276		
	bis 28. 2. 1981	26 436	28 836	31 236	33 636	36 048	38 448		
	bis 30. 6. 1982	27 588	30 060	32 556	35 028	37 512	39 996		
	bis 30. 6. 1983	28 512	31 068	33 636	36 192	38 748	41 316		
	ab 1. 7. 1983	29 016	31 620	34 224	36 828	39 432	42 036		
4. Dienstekommen jährlich	bis 30. 9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
	bis 31. 3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
Höherer Dienst	bis 31. 12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31. 5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31. 12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	bis 30. 6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
	bis 30. 9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817
	bis 31. 8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
	bis 31. 12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
	bis 30. 9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
	bis 30. 6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 326	22 594	23 860
	bis 31. 3. 1969	15 741	17 072	18 403	19 734	20 963	22 072	23 385	24 695
	bis 31. 8. 1969	16 704	18 372	20 040	21 708	23 364	25 032	26 700	

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2	bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
bis 31. 12. 1970	18 144	19 872	21 612	23 352	25 080	26 820	28 560	
bis 31. 12. 1971	19 908	22 044	24 180	26 316	28 452	30 588	32 724	
bis 31. 12. 1972	21 564	23 688	25 824	27 960	30 084	32 220	34 356	
bis 31. 12. 1973	23 592	25 788	27 984	30 180	32 376	34 572	36 780	
bis 31. 12. 1974	26 064	28 404	30 756	33 096	35 448	37 788	40 140	
bis 31. 1. 1976	27 624	30 048	32 460	34 884	37 308	39 720	42 144	
bis 31. 1. 1977	28 788	31 284	33 780	36 264	38 760	41 256	43 740	
bis 28. 2. 1978	30 252	32 808	35 352	37 896	40 440	42 984	45 528	
bis 28. 2. 1979	31 464	34 092	36 708	39 324	41 952	44 568	47 184	
bis 29. 2. 1980	32 676	35 352	38 028	40 704	43 380	46 056	48 732	
bis 28. 2. 1981	34 632	37 428	40 212	42 996	45 792	48 576	51 372	
bis 30. 6. 1982	36 060	38 928	41 808	44 676	47 544	50 412	53 280	
bis 30. 6. 1983	37 248	40 212	43 176	46 128	49 092	52 044	55 008	
ab 1. 7. 1983	37 896	40 908	43 908	46 920	49 920	52 932	55 944."	

### Artikel 3

#### Änderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 28. April 1966 (BGBl. I S. 300), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 22. Februar 1983 (BGBl. I S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

#### „§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente  
(§ 83 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
1 030	1 066	1 112	1 190	1 309	1 374	1 471	1 605

vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom 1. 7. 1982 bis 30. 6. 1983 DM	ab 1. 7. 1983 DM
1 686	1 750	1 821	1 888	1 949	2 055	2 131	2 200	2 237."

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
240	250	260	272	294	329	355	389	436

vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom 1. 7. 1982 bis 30. 6. 1983 DM	ab 1. 7. 1983 DM
462	485	509	532	553	586	611	631	642."

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 18 ergänzt:

„Die sich nach Satz 17 ergebenden Rentenbeträge bis 1 400 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Juli 1983 um weitere 1,8 v. H. erhöht, Rentenbeträge ab 1 401 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Juli 1983 um 1,7 v. H., mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 25 Deutsche Mark erhöht, wobei der Höchstbetrag von 2 237 Deutsche Mark nicht überschritten werden darf.“

4. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente  
(§ 95 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
1 030	1 066	1 112	1 190	1 309	1 374	1 471	1 605

vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom 1. 7. 1982 bis 30. 6. 1983 DM	ab 1. 7. 1983 DM
1 686	1 750	1 821	1 888	1 949	2 055	2 131	2 200	2 237.“

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes betragen für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM
den unverheirateten Verfolgten .....	415	430	447	468	505	566	611	669	749
den verheirateten Verfolgten .....	520	540	562	589	636	712	769	842	943
jedes nach dem bis zum 31. 12. 1974 geltenden Beamtenrecht kinder- zuschlagsberechtigte Kind .....	42	45	47	49	53	59	64	70	78

	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	vom 1. 3. 1978 bis 28. 2. 1979 DM	vom 1. 3. 1979 bis 29. 2. 1980 DM	vom 1. 3. 1980 bis 28. 2. 1981 DM	vom 1. 3. 1981 bis 30. 6. 1982 DM	vom 1. 7. 1982 bis 30. 6. 1983 DM	ab 1. 7. 1983 DM
den unverheirateten Verfolgten .....	794	834	876	915	952	1 009	1 051	1 086	1 106
den verheirateten Verfolgten .....	1 000	1 050	1 103	1 153	1 199	1 271	1 324	1 368	1 393
jedes nach dem bis zum 31. 12. 1974 geltenden Beamtenrecht kinder- zuschlagsberechtigte Kind .....	83	87	91	95	99	105	109	113	115.“

## 6. § 35 Abs. 3 bis 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes werden die in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge für die Witwe oder den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	608 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	681 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	722 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	758 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	796 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	406 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979	832 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	425 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980	865 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	459 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981	917 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	514 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982	956 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	555 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1983	988 Deutsche Mark,
		ab 1. Juli 1983	1 006 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach dem bis zum 31. Dezember 1974 geltenden Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können,

bis 31. Dezember 1960 um	20 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973 um	70 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964 um	30 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974 um	78 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965 um	40 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976 um	83 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966 um	42 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977 um	87 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968 um	45 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978 um	91 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969 um	47 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979 um	95 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969 um	49 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980 um	99 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970 um	53 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981 um	105 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971 um	59 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982 um	109 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972 um	64 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1983 um	113 Deutsche Mark,
		ab 1. Juli 1983 um	115 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	219 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	245 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	260 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	273 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	287 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	146 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979	300 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	153 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980	312 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	165 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981	331 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	185 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982	345 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	200 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1983	356 Deutsche Mark,
		ab 1. Juli 1983	362 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	287 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	321 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	340 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	357 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	375 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	192 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1979	392 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	201 Deutsche Mark,	bis 29. Februar 1980	408 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	217 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1981	433 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	243 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1982	451 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1972	262 Deutsche Mark,	bis 30. Juni 1983	466 Deutsche Mark,
		ab 1. Juli 1983	474 Deutsche Mark.“

## 7. § 38 a erhält folgende Fassung:

„§ 38 a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
260	270	281	294	318	356	384	420	470

ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM	ab 1. 3. 1979 DM	ab 1. 3. 1980 DM	ab 1. 3. 1981 DM	ab 1. 7. 1982 DM	ab 1. 7. 1983 DM
498	523	549	574	597	633	660	682	694

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM	ab 1. 7. 1968 DM	ab 1. 4. 1969 DM	ab 1. 9. 1969 DM	ab 1. 1. 1971 DM	ab 1. 1. 1972 DM	ab 1. 1. 1973 DM	ab 1. 1. 1974 DM
198	206	214	224	242	271	293	321	360

ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM	ab 1. 3. 1979 DM	ab 1. 3. 1980 DM	ab 1. 3. 1981 DM	ab 1. 7. 1982 DM	ab 1. 7. 1983 DM
382	401	421	440	458	486	506	523	532

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM	ab 1. 7. 1968 DM	ab 1. 4. 1969 DM	ab 1. 9. 1969 DM	ab 1. 1. 1971 DM	ab 1. 1. 1972 DM	ab 1. 1. 1973 DM	ab 1. 1. 1974 DM
99	103	107	112	121	136	147	161	180

ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM	ab 1. 3. 1979 DM	ab 1. 3. 1980 DM	ab 1. 3. 1981 DM	ab 1. 7. 1982 DM	ab 1. 7. 1983 DM
191	201	211	221	230	244	254	262	267."

8. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu den §§ 15 und 17) erhält folgende Fassung:

„Anlage 4  
zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426
		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
	bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
	bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
	bis 31. 3. 1969	7 730	8 589	9 020	9 448

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
bis 31. 1. 1977	17 823	19 346	20 107
bis 28. 2. 1978	18 743	20 346	21 148
bis 28. 2. 1979	19 566	21 241	22 079
bis 29. 2. 1980	20 328	22 071	22 942
bis 28. 2. 1981	21 579	23 431	24 357
bis 30. 6. 1982	22 576	24 494	25 453
bis 30. 6. 1983	23 320	25 321	26 321
ab 1. 7. 1983	23 736	25 777	26 797

## 2. Mittlerer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
	bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
bis 31. 3. 1969	9 166	10 259	10 806	11 353

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
bis 31. 1. 1977	20 620	23 778	25 357
bis 28. 2. 1978	21 675	25 004	26 668
bis 28. 2. 1979	22 611	26 086	27 823
bis 29. 2. 1980	23 483	27 096	28 903
bis 28. 2. 1981	24 912	28 753	30 673
bis 30. 6. 1982	26 016	29 995	31 984
bis 30. 6. 1983	26 895	31 045	33 120
ab 1. 7. 1983	27 376	31 609	33 725

## 3. Gehobener Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
	bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
	bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
	bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
	bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
	bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
	bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
	bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
	bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
	bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
	bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
	bis 31. 3. 1969	12 925	14 956	15 971	16 985

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
	bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
	bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
	bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
	bis 31. 1. 1977	26 040	30 133	32 180
	bis 28. 2. 1978	27 286	31 525	33 645
	bis 28. 2. 1979	28 416	32 802	34 995
	bis 29. 2. 1980	29 475	34 007	36 273
	bis 28. 2. 1981	31 243	36 046	38 447
	bis 30. 6. 1982	32 547	37 507	39 988
	bis 30. 6. 1983	33 633	38 752	41 311
	ab 1. 7. 1983	34 225	39 430	42 032

## 4. Höherer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
	bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
	bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
	bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
	bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
	bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
	bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
	bis 31. 3. 1969	18 403	20 963	24 695	25 585

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
bis 31. 1. 1977	33 775	38 759	41 252	43 744
bis 28. 2. 1978	35 347	40 439	42 984	45 530
bis 28. 2. 1979	36 708	41 948	44 569	47 189
bis 29. 2. 1980	38 031	43 380	46 055	48 730
bis 28. 2. 1981	40 211	45 790	48 580	51 369
bis 30. 6. 1982	41 801	47 541	50 412	53 282
bis 30. 6. 1983	43 170	49 089	52 049	55 008
ab 1. 7. 1983	43 909	49 924	52 931	55 938."

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 c zu § 22) erhält folgende Fassung:

„Anlage 5 c  
zu § 22 der 3. DV-BEG

### Besoldungsübersicht

#### Rente

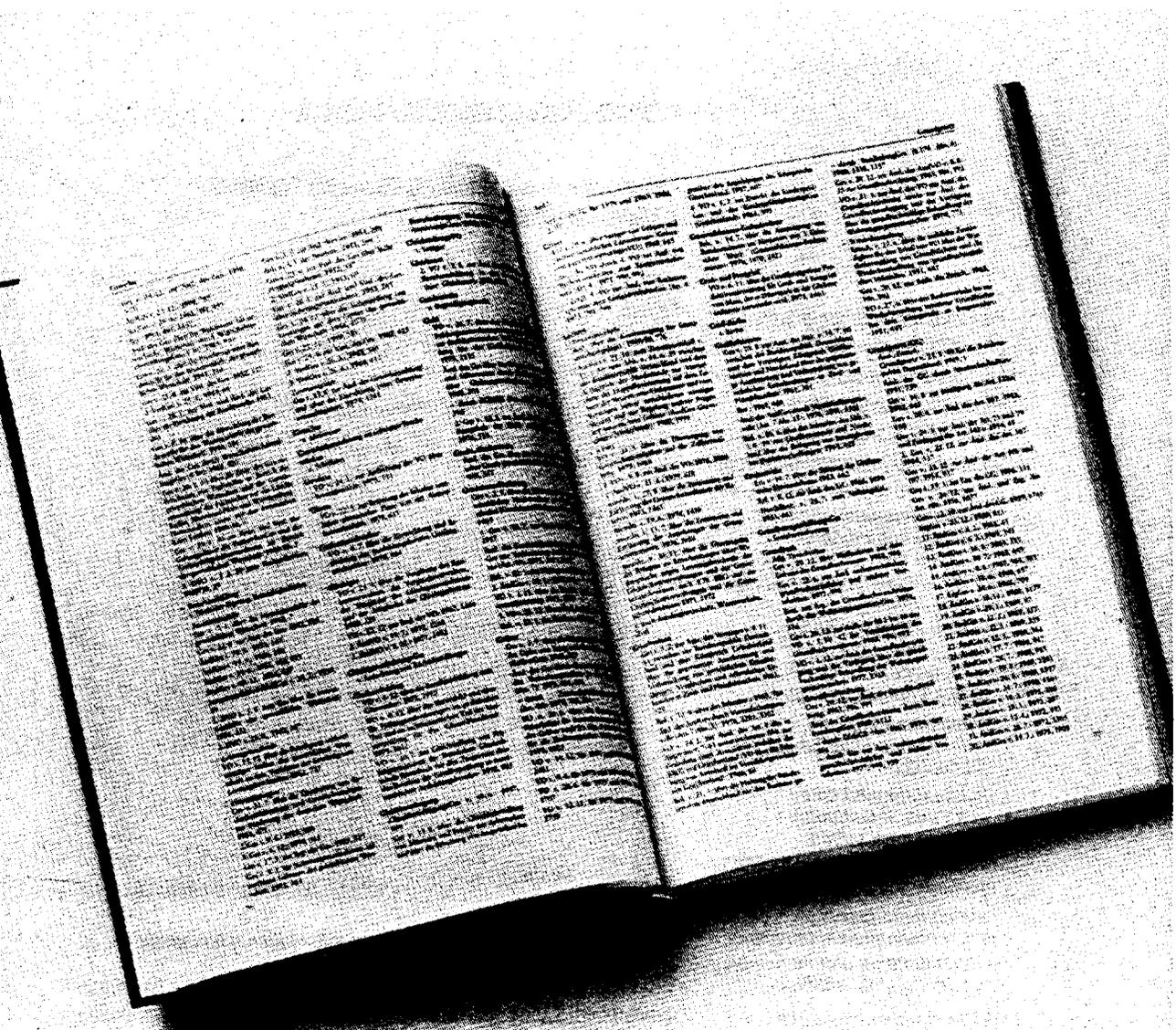
Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
<b>1. Einfacher Dienst</b>				
1. Dienstekommen				
jährlich	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
	bis 31. 1. 1977	17 823	19 346	20 107
	bis 28. 2. 1978	18 743	20 346	21 148
	bis 28. 2. 1979	19 566	21 241	22 079
	bis 29. 2. 1980	20 328	22 071	22 942
	bis 28. 2. 1981	21 579	23 431	24 357
	bis 30. 6. 1982	22 576	24 494	25 453
	bis 30. 6. 1983	23 320	25 321	26 321
	ab 1. 7. 1983	23 736	25 777	26 797
2. Versorgungsbezüge				
jährlich	bis 31. 8. 1969	4 123	6 685	7 919
	bis 31. 12. 1970	4 638	7 483	8 844
	bis 31. 12. 1971	5 182	8 319	9 811
	bis 31. 12. 1972	5 650	9 030	10 631
	bis 31. 12. 1973	6 250	9 952	11 695
	bis 31. 12. 1974	7 154	11 272	13 185
	bis 31. 1. 1976	7 583	11 948	13 977
	bis 31. 1. 1977	8 020	12 575	14 678
	bis 28. 2. 1978	8 434	13 225	15 438
	bis 28. 2. 1979	8 805	13 807	16 118
	bis 29. 2. 1980	9 148	14 346	16 748
	bis 28. 2. 1981	9 711	15 230	17 781
	bis 30. 6. 1982	10 159	15 921	18 581
	bis 30. 6. 1983	10 494	16 459	19 214
	ab 1. 7. 1983	10 693	16 755	19 562
3. Jahresrente				
( $\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	2 748	4 452	5 280
	bis 31. 12. 1970	3 096	4 992	5 892
	bis 31. 12. 1971	3 456	5 544	6 540
	bis 31. 12. 1972	3 768	6 024	7 092

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1973	4 164	6 636	7 800
	bis 31. 12. 1974	4 764	7 512	8 796
	bis 31. 1. 1976	5 052	7 968	9 324
	bis 31. 1. 1977	5 352	8 388	9 780
	bis 28. 2. 1978	5 628	8 820	10 296
	bis 28. 2. 1979	5 868	9 204	10 740
	bis 29. 2. 1980	6 096	9 564	11 160
	bis 28. 2. 1981	6 480	10 152	11 856
	bis 30. 6. 1982	6 780	10 620	12 384
	bis 30. 6. 1983	6 996	10 968	12 804
	ab 1. 7. 1983	7 128	11 172	13 044
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	229	371	440
	bis 31. 12. 1970	258	416	491
	bis 31. 12. 1971	288	462	545
	bis 31. 12. 1972	314	502	591
	bis 31. 12. 1973	347	553	650
	bis 31. 12. 1974	397	626	733
	bis 31. 1. 1976	421	664	777
	bis 31. 1. 1977	446	699	815
	bis 28. 2. 1978	469	735	858
	bis 28. 2. 1979	489	767	895
	bis 29. 2. 1980	508	797	930
	bis 28. 2. 1981	540	846	988
	bis 30. 6. 1982	565	885	1 032
	bis 30. 6. 1983	583	914	1 067
	ab 1. 7. 1983	594	931	1 087
2. Mittlerer Dienst				
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
	bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
	bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
	bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
	bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
	bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
	bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
	bis 31. 1. 1977	20 620	23 778	25 357
	bis 28. 2. 1978	21 675	25 004	26 668
	bis 28. 2. 1979	22 611	26 086	27 823
	bis 29. 2. 1980	23 483	27 096	28 903
	bis 28. 2. 1981	24 912	28 753	30 673
	bis 30. 6. 1982	26 016	29 995	31 984
	bis 30. 6. 1983	26 895	31 045	33 120
	ab 1. 7. 1983	27 376	31 609	33 725
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 793	8 213	9 949
	bis 31. 12. 1970	5 358	9 127	11 029
	bis 31. 12. 1971	6 138	10 540	12 779
	bis 31. 12. 1972	6 702	11 426	13 811
	bis 31. 12. 1973	7 394	12 531	15 113
	bis 31. 12. 1974	8 324	13 928	16 710
	bis 31. 1. 1976	8 824	14 763	17 713
	bis 31. 1. 1977	9 279	15 456	18 511
	bis 28. 2. 1978	9 754	16 253	19 468
	bis 28. 2. 1979	10 175	16 956	20 311
	bis 29. 2. 1980	10 567	17 612	21 099
	bis 28. 2. 1981	11 210	18 690	22 391
	bis 30. 6. 1982	11 707	19 497	23 348
	bis 30. 6. 1983	12 103	20 179	24 178
	ab 1. 7. 1983	12 319	20 546	24 602
3. Jahresrente ( $\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	3 192	5 472	6 636
	bis 31. 12. 1970	3 576	6 084	7 356
	bis 31. 12. 1971	4 092	7 032	8 520
	bis 31. 12. 1972	4 464	7 620	9 204
	bis 31. 12. 1973	4 932	8 352	10 080
	bis 31. 12. 1974	5 544	9 288	11 136
	bis 31. 1. 1976	5 880	9 840	11 808

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 1. 1977	6 192	10 308	12 336
	bis 28. 2. 1978	6 504	10 836	12 984
	bis 28. 2. 1979	6 780	11 304	13 536
	bis 29. 2. 1980	7 044	11 736	14 064
	bis 28. 2. 1981	7 476	12 456	14 928
	bis 30. 6. 1982	7 800	12 996	15 564
	bis 30. 6. 1983	8 064	13 452	16 116
	ab 1. 7. 1983	8 208	13 692	16 404
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	266	456	553
	bis 31. 12. 1970	298	507	613
	bis 31. 12. 1971	341	586	710
	bis 31. 12. 1972	372	635	767
	bis 31. 12. 1973	411	696	840
	bis 31. 12. 1974	462	774	928
	bis 31. 1. 1976	490	820	984
	bis 31. 1. 1977	516	859	1 028
	bis 28. 2. 1978	542	903	1 082
	bis 28. 2. 1979	565	942	1 128
	bis 29. 2. 1980	587	978	1 172
	bis 28. 2. 1981	623	1 038	1 244
	bis 30. 6. 1982	650	1 083	1 297
	bis 30. 6. 1983	672	1 121	1 343
	ab 1. 7. 1983	684	1 141	1 367
2. Gehobener Dienst				
1. Dienstehkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
	bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
	bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
	bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
	bis 31. 1. 1977	26 040	30 133	32 180
	bis 28. 2. 1978	27 286	31 525	33 645
	bis 28. 2. 1979	28 416	32 802	34 995
	bis 29. 2. 1980	29 475	34 007	36 273
	bis 28. 2. 1981	31 243	36 046	38 447
	bis 30. 6. 1982	32 547	37 507	39 988
	bis 30. 6. 1983	33 633	38 752	41 311
	ab 1. 7. 1983	34 225	39 430	42 032
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	6 620	11 435	13 893
	bis 31. 12. 1970	7 243	12 435	15 074
	bis 31. 12. 1971	8 027	13 634	16 457
	bis 31. 12. 1972	8 730	14 721	17 716
	bis 31. 12. 1973	9 572	16 052	19 277
	bis 31. 12. 1974	10 610	17 757	21 307
	bis 31. 1. 1976	11 246	18 822	22 585
	bis 31. 1. 1977	11 718	19 586	23 491
	bis 28. 2. 1978	12 279	20 491	24 561
	bis 28. 2. 1979	12 787	21 321	25 546
	bis 29. 2. 1980	13 264	22 105	26 479
	bis 28. 2. 1981	14 059	23 430	28 066
	bis 30. 6. 1982	14 646	24 380	29 191
	bis 30. 6. 1983	15 135	25 189	30 157
	ab 1. 7. 1983	15 401	25 630	30 683
3. Jahresrente ( <sup>2</sup> / <sub>3</sub> aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 416	7 620	9 264
	bis 31. 12. 1970	4 824	8 292	10 044
	bis 31. 12. 1971	5 352	9 096	10 968
	bis 31. 12. 1972	5 820	9 816	11 808
	bis 31. 12. 1973	6 384	10 704	12 852
	bis 31. 12. 1974	7 068	11 844	14 208
	bis 31. 1. 1976	7 500	12 552	15 060
	bis 31. 1. 1977	7 812	13 056	15 660
	bis 28. 2. 1978	8 184	13 656	16 380
	bis 28. 2. 1979	8 520	14 220	17 028

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 29. 2. 1980	8 844	14 736	17 652
	bis 28. 2. 1981	9 372	15 624	18 708
	bis 30. 6. 1982	9 768	16 248	19 464
	bis 30. 6. 1983	10 092	16 788	20 100
	ab 1. 7. 1983	10 272	17 088	20 460
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	368	635	772
	bis 31. 12. 1970	402	691	837
	bis 31. 12. 1971	446	758	914
	bis 31. 12. 1972	485	818	984
	bis 31. 12. 1973	532	892	1 071
	bis 31. 12. 1974	589	987	1 184
	bis 31. 1. 1976	625	1 046	1 255
	bis 31. 1. 1977	651	1 088	1 305
	bis 28. 2. 1978	682	1 138	1 365
	bis 28. 2. 1979	710	1 185	1 419
	bis 29. 2. 1980	737	1 228	1 471
	bis 28. 2. 1981	781	1 302	1 559
	bis 30. 6. 1982	814	1 354	1 622
	bis 30. 6. 1983	841	1 399	1 675
	ab 1. 7. 1983	856	1 424	1 705

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
<b>4. Höherer Dienst</b>					
1. Dienstekommen jährlich	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
	bis 31. 1. 1977	33 775	38 759	41 252	43 744
	bis 28. 2. 1978	35 347	40 439	42 984	45 530
	bis 28. 2. 1979	36 708	41 948	44 569	47 189
	bis 29. 2. 1980	38 031	43 380	46 055	48 730
	bis 28. 2. 1981	40 211	45 790	48 580	51 369
	bis 30. 6. 1982	41 801	47 541	50 412	53 282
	bis 30. 6. 1983	43 170	49 089	52 049	55 008
	ab 1. 7. 1983	43 909	49 924	52 931	55 938
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	7 013	12 852	18 275	20 016
	bis 31. 12. 1970	7 565	13 798	19 582	21 420
	bis 31. 12. 1971	8 462	15 648	21 106	23 561
	bis 31. 12. 1972	9 039	16 549	22 232	24 734
	bis 31. 12. 1973	9 795	17 809	23 858	26 479
	bis 31. 12. 1974	10 764	19 495	26 075	28 898
	bis 31. 1. 1976	11 363	20 517	27 410	30 343
	bis 31. 1. 1977	11 821	21 317	28 464	31 496
	bis 28. 2. 1978	12 372	22 242	29 659	32 782
	bis 28. 2. 1979	12 848	23 071	30 753	33 976
	bis 29. 2. 1980	13 311	23 859	31 778	35 086
	bis 28. 2. 1981	14 114	25 185	33 520	36 986
	bis 30. 6. 1982	14 672	26 148	34 784	38 363
	bis 30. 6. 1983	15 153	26 999	35 914	39 606
	ab 1. 7. 1983	15 434	27 458	36 522	40 275
3. Jahresrente ( $\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 680	8 568	12 180	13 344
	bis 31. 12. 1970	5 040	9 204	13 056	14 280
	bis 31. 12. 1971	5 640	10 440	14 076	15 708
	bis 31. 12. 1972	6 024	11 028	14 820	16 488
	bis 31. 12. 1973	6 528	11 868	15 900	17 652
	bis 31. 12. 1974	7 176	12 996	17 388	19 260



**Registerband: Schneller Zugriff auch auf das zu einem früheren Zeitpunkt geltende Recht.**

samtregisterband kann auf die zeitaufwendige Durchsicht der einzelnen Jahresregister verzichtet werden.

Mit dem Registerband findet ein Unternehmen seinen Abschluß, dessen Ziel es war, die gesamte, mehr als 130 000 Druckseiten umfassende Bekanntmachungsdokumentation des Gesetzblattes der Bundesrepublik Deutsch-

land für den Zeitraum 1949 bis 1980 zunächst in einer handlichen Mikrofiche-Edition vorzulegen und mit einem Gesamtregister inhaltlich zu erschließen.

Dieser Gesamtregisterband gehört in jede wissenschaftliche Bibliothek, zu allen Gerichten und Behörden, den Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesell-

schaften.

Das Gesamtregister soll in mehrjährigem Abstand überarbeitet und neu aufgelegt werden.

Da dieser Registerband zum Lieferumfang der Mikrofiche-Edition Bundesgesetzblatt 1949-1980 gehört, wird sein Einzelverkaufspreis beim Erwerb der Mikrofiche-Edition mit angerechnet.

# Bundesgesetzblatt

Herausgegeben durch den Bundesminister der Justiz

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht.

Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazugehörigen Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bundesgesetzblatt Teil III: Sammlung des Bundesrechts, abgeschlossen auf den 31. 12. 1963.

Eine komplette Textdokumentation des Bundesgesetzblattes seit 1949 ist nur noch auf Mikrofiche erhältlich.

## Jahresbände

### Bundesgesetzblatt Teil I

Erscheinungsweise: bei Bedarf  
Jahresabonnement: DM 109,60

### Bundesgesetzblatt Teil II

Erscheinungsweise: bei Bedarf  
Jahresabonnement: DM 109,60

### Bundesgesetzblatt Teil III

Sammlung des Bundesrechts  
Stand 31. 12. 1963, in  
15 Ordnern, DM 350,-

**Einbanddecken**  
Bundesgesetzblatt Teil I  
DM 7,70 pro Stück

**Einbanddecken**  
Bundesgesetzblatt Teil II  
DM 7,70 pro Stück

**Einzelausgaben:**  
je angefangene 16 Seiten  
DM 1,65

Bundesanzeiger · Bonn

lich. In der Papier-Version sind einige Jahrgänge vergriffen. Die noch erhältlichen Jahrgänge sind unten aufgeführt.

## Einbanddecken für Teil I und II

Einbanddecken für einen Jahrgang können jetzt auch zur Fortsetzung bestellt werden; die Auslieferung beginnt Mitte Februar des Folgejahres.

## Jahresbände

Anfang März sind die Jahresbände des Vorjahres lieferbar. Auch diese sind jetzt zur Fortsetzung erhältlich.

Teil I			
1949/50	(vergriffen)	1971	90,- DM
1951	50,- DM	1972	100,- DM
1952	(vergriffen)	1973	100,- DM
1953	60,- DM	1974	140,- DM
1954	40,- DM	1975	150,- DM
1955	(vergriffen)	1976	150,- DM
1956	50,- DM	1977	150,- DM
1957	65,- DM	1978	150,- DM
1958	45,- DM	1979	150,- DM
1959	45,- DM	1980	150,- DM
1960	55,- DM	1981	150,- DM
1961	90,- DM	1982	150,- DM
1962	50,- DM	<b>Teil II</b>	
1963	55,- DM	1951	25,- DM
1964	55,- DM	1952	(vergriffen)
1965	85,- DM	1953	35,- DM
1966	55,- DM	1954	(vergriffen)
1967	75,- DM	1955	45,- DM
1968	76,- DM	1956	65,- DM
1969	90,- DM	1957	65,- DM
1970	90,- DM	1958	45,- DM
		1959	65,- DM
		1960	78,- DM
		1961	78,- DM
		1962	82,- DM
		1963	72,- DM
		1964	85,- DM
		1965	85,- DM
		1966	76,- DM
		1967	88,- DM
		1968	76,- DM
		1969	90,- DM
		1970	90,- DM
		1971	90,- DM
		1972	100,- DM
		1973	100,- DM
		1974	120,- DM
		1975	120,- DM
		1976	150,- DM
		1977	150,- DM
		1978	150,- DM
		1979	150,- DM
		1980	150,- DM
		1981	150,- DM
		1982	120,- DM

**Verordnung  
über die Einfuhr und die Durchfuhr von Süßwasserfischen  
(Fische-Einfuhrverordnung)**

**Vom 28. Oktober 1983**

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Tierseuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 386) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**§ 1**

(1) Diese Verordnung gilt für die Einfuhr und die Durchfuhr folgender Arten lebender Süßwasserfische in allen Entwicklungsstadien einschließlich der Eier und des Spermas: Forellen, forellenartige Fische, Karpfen, Schleien, Silberkarpfen, Marmorkarpfen, Graskarpfen, Hechte und Welse.

(2) Im Sinne dieser Verordnung sind

**1. Fischzuchtanlagen:**

Anlagen oder Einrichtungen, in denen Süßwasserfische gezüchtet, erbrütet oder vermehrt oder aus denen Eier, Sperma oder Satzische abgegeben werden;

**2. Herkunftsanlagen:**

Anlagen, Einrichtungen oder fischereilich genutzte Gewässer, in denen vor der Entnahme einer Sendung die Süßwasserfische gezüchtet, erbrütet, vermehrt oder gemästet oder, im Falle von Eiern oder Sperma, die Laichfische gehalten worden sind;

**3. Amtlicher Tierarzt:**

Von der zuständigen Zentralbehörde des Versandlandes oder -gebietes bezeichneter Tierarzt.

**§ 2**

(1) Die Einfuhr von Süßwasserfischen nach § 1 Abs. 1 bedarf der Genehmigung.

(2) Der Genehmigung bedarf es nicht, wenn die Sendung von einer Gesundheitsbescheinigung begleitet ist, die dem jeweils zutreffenden Muster der Anlage 1 oder 2 entspricht. Die Gesundheitsbescheinigung ist in deutscher Sprache ausgestellt oder mit einer amtlich beglaubigten deutschen Übersetzung vorzulegen. Sie darf nur aus einem einzigen Blatt bestehen.

(3) Absatz 2 gilt nicht, wenn die Sendung für eine Fischzuchtanlage bestimmt ist,

**1. die amtlich anerkannt unverdächtig oder frei ist**

- a) von Infektiöser Pankreasnekrose (IPN) oder Viraler haemorrhagischer Septikämie der Forellen (VHS) oder

b) von Frühlingsvirämie der Karpfen (SVC)

oder

2. die einem Verfahren zur Erlangung einer Anerkennung nach Nummer 1 angeschlossen ist.

**§ 3**

(1) Die Einfuhr ist nur über die vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen im Bundesanzeiger für die Abfertigung bekanntgegebenen Zollstellen zulässig.

(2) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann im Einzelfall anordnen, daß Sendungen vor der Einfuhr amtstierärztlich kontrolliert, dabei Stichproben entnommen und diese je nach der Empfänglichkeit der Fischart auf das Freisein von Erregern der in § 2 Abs. 3 genannten Fischseuchen untersucht werden.

**§ 4**

(1) Eine Sendung darf nur eingeführt werden, wenn sie derselben Herkunftsanlage entstammt, für denselben Empfänger bestimmt ist und sich dieselbe Gesundheitsbescheinigung auf sie bezieht.

(2) Die Sendung muß nach der Einfuhrabfertigung unverzüglich zum Bestimmungsort weitergeleitet werden.

(3) Für den Transport von der Eingangs-Zollstelle bis zum Bestimmungsort gilt § 3 der Fischseuchen-Schutzverordnung vom 24. März 1982 (BGBl. I S. 382). Die Behältnisse müssen unterscheidbar gekennzeichnet sein. Sie sollen vor dem Grenzübertritt so mit Frischwasser versehen worden sein, daß ein Wasserwechsel nach Möglichkeit bis zum Erreichen des Bestimmungsortes nicht notwendig ist. Die Sendung darf nur in leere, gereinigte und desinfizierte Behältnisse umgeladen werden. Eine Zuladung zu der Sendung ist verboten.

(4) Der Empfänger hat das Eintreffen der Sendung am Bestimmungsort der für diesen Ort zuständigen Behörde unter Vorlage der Gesundheitsbescheinigung innerhalb einer Woche anzuzeigen.

(5) Der Empfänger der Sendung hat die Gesundheitsbescheinigung mindestens drei Jahre lang aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

## § 5

Für die Durchfuhr von Süßwasserfischen nach § 1 Abs. 1 gilt § 4 Abs. 2 und 3 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Einfuhrabfertigung die Durchfuhrabfertigung und an die Stelle des Bestimmungsortes die Ausgangs-Zollstelle treten.

## § 6

(1) Zuständig für die Entscheidung über die Genehmigung nach dieser Verordnung sind die obersten Landesbehörden. Genehmigungen dürfen nicht erteilt werden, wenn eine Einschleppung oder Weiterverbreitung von Fischseuchen zu befürchten ist. Die Genehmigungen sind mit den erforderlichen Nebenbestimmungen zu versehen.

(2) Im Falle des § 2 Abs. 3 darf die Genehmigung je nach der Art der amtlichen Anerkennung der Fischzuchtanlage, für die die Sendung bestimmt ist, nur erteilt werden, wenn die Sendung aus einer Herkunftsanlage stammt, die amtlich als frei von der jeweiligen in § 2 Abs. 3 genannten Fischseuche anerkannt oder bezeichnet ist, sofern dabei mindestens die in Anlage 3 genannten oder diesen vergleichbare Voraussetzungen erfüllt sind. Die zuständige oberste Landesbehörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen, wenn auf andere Weise gewährleistet ist, daß Fischseuchen nicht eingeschleppt oder weiterverbreitet werden können.

## § 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 76 Abs. 2 Nr. 2 des Tierseuchengesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 1 Süßwasserfische ohne die erforderliche Genehmigung einführt,
2. entgegen § 4 Abs. 2 oder § 5 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 eine Sendung nicht oder nicht rechtzeitig weiterleitet,
3. entgegen § 4 Abs. 3 Satz 5 oder § 5 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 Satz 5 eine Zuladung vornimmt,
4. entgegen § 4 Abs. 4 das Eintreffen einer Sendung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt oder
5. entgegen § 4 Abs. 5 eine Gesundheitsbescheinigung nicht aufbewahrt.

## § 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juli 1965 (BGBl. I S. 627) auch im Land Berlin.

## § 9

Diese Verordnung tritt 12 Monate nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Oktober 1983

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
I. Kiechle

Anlage 1  
(zu § 2 Abs. 2)

**Gesundheitsbescheinigung <sup>1) 2)</sup>  
für die Einfuhr lebender Süßwasserfische (außer Eiern und Sperma)**

Versandland: .....  
Zuständiges Ministerium: .....  
Ausstellende Behörde: .....

I. Angaben zur Identifizierung der Sendung:

Fischart: .....  
Altersklasse und mittlere Länge oder Stückgewicht: .....  
Anzahl oder Gesamtgewicht: .....  
Kennzeichnung der Transportbehältnisse: .....

II. Herkunft der Sendung:

Name und Anschrift der Herkunftsanlage: .....  
.....

III. Bestimmung der Sendung:

Die Fische werden versandt  
von .....  
(Versandort)  
nach .....  
(Bestimmungsort und -land)  
Name und Anschrift des Empfängers (Bestimmungsanlage): .....  
.....

IV. Transportmittel:

Art: .....  
Nummer oder sonstiges Kennzeichen: .....  
Name und Anschrift des Transportunternehmens: .....  
.....

V. Angaben über den Gesundheitszustand:

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß die vorstehend bezeichnete Sendung den folgenden Bedingungen entspricht:

1. Die Herkunftsanlage war zur Zeit der Entnahme der Sendung keinen tierseuchenrechtlichen Sperrmaßnahmen wegen des Auftretens einer Fischseuche unterworfen. Es wurden außerdem in der Herkunftsanlage zur Zeit der Entnahme der Fische klinisch keine Anzeichen
  - a) <sup>3)</sup> im Falle von Forellen und forellenartigen Fischen von Infektiöser Pankreasnekrose (IPN) oder Viraler haemorrhagischer Septikämie (VHS),
  - b) <sup>3)</sup> im Falle von Karpfen, Schleien, Silberkarpfen, Marmorkarpfen, Graskarpfen, Hechten oder Welsen von Frühlingsvirämie (SVC)
 beobachtet.
2. Die Herkunftsanlage wird von dem zuständigen amtlichen Tierarzt oder einem staatlich anerkannten Fischgesundheitsdienst beaufsichtigt und mindestens zweimal jährlich überprüft; an demselben Gewässer oberhalb liegende andere Anlagen unterliegen der gleichen Beaufsichtigung und Kontrolle.
3. Die für den Transport verwendeten Behältnisse sind vor der Verladung gereinigt und desinfiziert worden.

**Fünfundzwanzigste Verordnung  
zur Durchführung des § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes**

**Vom 28. Oktober 1983**

Auf Grund des § 172 Abs. 4 des Bundesentschädigungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 251-1, veröffentlichten bereinigten Fassung und auf Grund des Artikels V Nr. 5 Abs. 1 des BEG-Schlußgesetzes vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

**Höhe der Entschädigungsaufwendungen  
und Lastenanteile des Bundes und der Länder  
im Rechnungsjahr 1982**

(1) Die nach dem Bundesentschädigungsgesetz geleisteten Entschädigungsaufwendungen (Entschädigungsausgaben nach Abzug der damit zusammenhängenden Einnahmen) haben im Rechnungsjahr 1982 betragen:

in den Ländern (außer Berlin)	1 658 950 000 DM
in Berlin	344 275 000 DM
insgesamt	<u>2 003 225 000 DM</u>

(2) Der Lastenanteil des Bundes an den Entschädigungsaufwendungen beträgt:

in den Ländern (außer Berlin)	829 475 000 DM
in Berlin	206 565 000 DM
insgesamt	<u>1 036 040 000 DM</u>

Die Lastenanteile der Länder an den Entschädigungsaufwendungen betragen:

in Nordrhein-Westfalen	260 610 000 DM
Bayern	167 934 000 DM
Baden-Württemberg	142 192 000 DM
Niedersachsen	111 253 000 DM
Hessen	85 892 000 DM
Rheinland-Pfalz	55 752 000 DM
Schleswig-Holstein	40 131 000 DM
im Saarland	16 246 000 DM
in Hamburg	24 978 000 DM
Bremen	10 556 000 DM
Berlin	51 641 000 DM
insgesamt	<u>967 185 000 DM</u>

(3) Der Bund erstattet an die Länder, in denen die Entschädigungsaufwendungen den auf sie entfallenden Lastenanteil übersteigen, folgende Beträge:

an Nordrhein-Westfalen	330 985 000 DM
Bayern	89 511 000 DM
Hessen	51 507 000 DM
Rheinland-Pfalz	407 616 000 DM
Hamburg	6 044 000 DM
Berlin	292 634 000 DM
insgesamt	<u>1 178 297 000 DM</u>

(4) Die Länder, in denen die Entschädigungsaufwendungen den auf sie entfallenden Lastenanteil nicht erreichen, führen an den Bund folgende Beträge ab:

Baden-Württemberg	79 554 000 DM
Niedersachsen	22 454 000 DM
Schleswig-Holstein	31 698 000 DM
Saarland	4 377 000 DM
Bremen	4 174 000 DM
insgesamt	<u>142 257 000 DM</u>

(5) Die nach Absatz 3 vom Bund zu erstattenden Beträge und die nach Absatz 4 an den Bund abzuführen- den Beträge werden mit den Beträgen verrechnet, die nach den vorläufigen Abrechnungen der Entschädigungsaufwendungen bereits erstattet oder abgeführt worden sind.

§ 2

**Berlin-Klausel**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 240 des Bundesentschädigungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am siebenten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Oktober 1983

Der Bundesminister der Finanzen  
Stoltenberg

**Anlage 2**  
(zu § 2 Abs. 2)

**Gesundheitsbescheinigung <sup>1)</sup>**  
**für die Einfuhr von Eiern und Sperma von Süßwasserfischen**

Versandland: .....

Zuständiges Ministerium: .....

Ausstellende Behörde: .....

**I. Angaben zur Identifizierung der Sendung:**

Eier <sup>2)</sup> / Sperma <sup>2)</sup> von (Fischart): .....

Gesamtgewicht: .....

Kennzeichnung der Transportbehältnisse: .....

**II. Herkunft der Sendung:**

Name und Anschrift der Herkunftsanlage: .....

.....

**III. Bestimmung der Sendung:**

Die Eier <sup>2)</sup> / das Sperma <sup>2)</sup> werden/wird versandt

von .....

(Versandort)

nach .....

(Bestimmungsort und -land)

Name und Anschrift des Empfängers (Bestimmungsanlage): .....

.....

**IV. Transportmittel:**

Art: .....

Nummer oder sonstiges Kennzeichen: .....

Name und Anschrift des Transportunternehmens: .....

.....

**V. Angaben über den Gesundheitszustand:**

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß die vorstehend bezeichnete Sendung den folgenden Bedingungen entspricht:

1. Die Herkunftsanlage war zur Zeit der Entnahme der Eier <sup>2)</sup> / der Gewinnung des Spermas <sup>2)</sup> keinen tierseuchenrechtlichen Sperrmaßnahmen wegen des Auftretens einer Fischseuche unterworfen. Es wurden außerdem während der letzten 12 Monate in der Herkunftsanlage klinisch keine Anzeichen

a) <sup>2)</sup> im Falle von Forellen und forellenartigen Fischen von Infektiöser Pankreasnekrose (IPN) oder Viraler haemorrhagischer Septikämie (VHS),

b) <sup>2)</sup> im Falle von Karpfen, Schleien, Silberkarpfen, Marmorkarpfen, Graskarpfen, Hechten oder Welsen von Frühlingsvirämie (SVC)

beobachtet.

2. Die Herkunftsanlage wird von dem zuständigen amtlichen Tierarzt oder einem staatlich anerkannten Fischgesundheitsdienst beaufsichtigt und mindestens zweimal jährlich überprüft; an demselben Gewässer oberhalb liegende andere Anlagen unterliegen der gleichen Beaufsichtigung und Kontrolle.

3. Die für den Transport verwendeten Behältnisse sind erstmalig benutzt oder vor der Verladung gereinigt und desinfiziert worden.

4. <sup>3)</sup> Die Eier sind vor dem Transport mit einem Desinfektionsmittel auf der Basis einer organischen Jodverbindung desinfiziert worden.

## § 5

Für die Durchfuhr von Süßwasserfischen nach § 1 Abs. 1 gilt § 4 Abs. 2 und 3 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Einfuhrabfertigung die Durchfuhrabfertigung und an die Stelle des Bestimmungsortes die Ausgangs-Zollstelle treten.

## § 6

(1) Zuständig für die Entscheidung über die Genehmigung nach dieser Verordnung sind die obersten Landesbehörden. Genehmigungen dürfen nicht erteilt werden, wenn eine Einschleppung oder Weiterverbreitung von Fischseuchen zu befürchten ist. Die Genehmigungen sind mit den erforderlichen Nebenbestimmungen zu versehen.

(2) Im Falle des § 2 Abs. 3 darf die Genehmigung je nach der Art der amtlichen Anerkennung der Fischzuchtanlage, für die die Sendung bestimmt ist, nur erteilt werden, wenn die Sendung aus einer Herkunftsanlage stammt, die amtlich als frei von der jeweiligen in § 2 Abs. 3 genannten Fischseuche anerkannt oder bezeichnet ist, sofern dabei mindestens die in Anlage 3 genannten oder diesen vergleichbare Voraussetzungen erfüllt sind. Die zuständige oberste Landesbehörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen, wenn auf andere Weise gewährleistet ist, daß Fischseuchen nicht eingeschleppt oder weiterverbreitet werden können.

## § 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 76 Abs. 2 Nr. 2 des Tierseuchengesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 1 Süßwasserfische ohne die erforderliche Genehmigung einführt,
2. entgegen § 4 Abs. 2 oder § 5 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 eine Sendung nicht oder nicht rechtzeitig weiterleitet,
3. entgegen § 4 Abs. 3 Satz 5 oder § 5 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 Satz 5 eine Zuladung vornimmt,
4. entgegen § 4 Abs. 4 das Eintreffen einer Sendung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt oder
5. entgegen § 4 Abs. 5 eine Gesundheitsbescheinigung nicht aufbewahrt.

## § 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juli 1965 (BGBl. I S. 627) auch im Land Berlin.

## § 9

Diese Verordnung tritt 12 Monate nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Oktober 1983

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
I. Kiechle

**Anlage 3**

(zu § 6 Abs. 1)

**Tierseuchenhygienische Mindestanforderungen an Fischzuchtanlagen  
für die Einfuhr lebender Süßwasserfische**

Für die Zwecke des § 6 Abs. 2 kann eine Herkunftsanlage als amtlich frei von Infektiöser Pankreasnekrose (IPN), Viraler haemorrhagischer Septikämie (VHS) oder Frühlingsvirämie der Karpfen (SVC) bezeichnet werden, wenn hinsichtlich dieser Fischseuchen jeweils im einzelnen die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. In dem Fischbestand sind während eines Zeitraums von zwei aufeinanderfolgenden Jahren mindestens jährlich zwei klinische Kontrollen sowie in Abhängigkeit von der Art der Anerkennung zwei virologische Stichprobenuntersuchungen auf Virus der IPN, VHS oder SVC mit negativem Ergebnis amtlich durchgeführt worden. Für die virologischen Untersuchungen sind jeweils mindestens 40 Fische möglichst aller Entwicklungsstadien entnommen und bei der Probenentnahme vorzugsweise Brut und Jungsetzlinge sowie Fische mit Krankheitserscheinungen oder Störungen des Allgemeinbefindens berücksichtigt worden.
2. Außer den Untersuchungen nach Nummer 1 sind von mindestens 20 Fischen ausreichender Größe jährlich zwei serologische Untersuchungen im Abstand von mindestens vier Monaten auf Antikörper mittels Serum-Neutralisationstest, Plaquereduktionstest oder anderer geeigneter Nachweisverfahren mit negativem Ergebnis durchgeführt worden. Im Falle der Untersuchung auf VHS oder SVC muß die erste der beiden serologischen Untersuchungen in den Frühlingsmonaten durchgeführt worden sein.
3. Spätestens nach der ersten der nach Nummer 1 durchgeführten Stichprobenuntersuchungen auf Virus der IPN, VHS oder SVC sind in die Herkunftsanlage Fische nicht mehr oder nur aus solchen Fischzuchtanlagen eingesetzt worden, die nachweislich frei von der jeweils untersuchten Fischseuche sind.
4. Die Wasserversorgung der Anlagen und Einrichtungen der Herkunftsanlage, in der Fische gehalten werden, muß oberflächenunabhängig sein (Leitungs-, Brunnen-, Quellenwasser); sie darf oberflächenabhängig sein bei Gewässern ohne Oberlieger oder mit unverdächtigen Oberliegern, solange bei dem Wildfischbestand keine IPN, VHS oder SVC festgestellt worden ist.

VI. Diese Bescheinigung ist, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, 10 Tage gültig.

Ausgefertigt in ..... am .....

(Ort)

(Siegel)

.....  
(Unterschrift des amtlichen Tierarztes)

- 
- <sup>1)</sup> Diese Gesundheitsbescheinigung gilt für Forellen, forellenartige Fische, Karpfen, Schleien, Silberkarpfen, Marmorkarpfen, Graskarpfen, Hechte und Welse.
  - <sup>2)</sup> Die Gesundheitsbescheinigung ist nicht für lebende Süßwasserfische zu verwenden, die für amtlich anerkannt IPN-, VHS- oder SVC-unverdächtige oder -freie Fischzuchtanlagen oder Fischzuchtanlagen, die einem Verfahren zur Erlangung einer solchen Anerkennung angeschlossen sind, bestimmt sind.
  - <sup>3)</sup> Nichtzutreffendes streichen.

**Bekanntmachung  
der Neufassung der Verordnung über die Einziehung  
der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen**

**Vom 28. Oktober 1983**

Auf Grund des Artikels 2 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 28. Oktober 1983 (BGBl. I S. 1339) wird nachstehend der Wortlaut der Darlehensverordnung in der ab 5. November 1983 geltenden Fassung bekanntgemacht. Die Neufassung berücksichtigt

1. die nach ihrem § 16 zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft getretene Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 9. Juli 1980 (BGBl. I S. 895),
2. die nach ihrem Artikel 3 zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft getretene Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 5. Mai 1982 (BGBl. I S. 606),
3. die am 5. November 1983 in Kraft tretende Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die

Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 28. Oktober 1983 (BGBl. I S. 1339).

Die Rechtsvorschriften wurden erlassen auf Grund

- zu 1. des § 18 Abs. 6 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1976 (BGBl. I S. 989), der durch das Gesetz vom 16. Juli 1979 (BGBl. I S. 1037) geändert worden ist,
- zu 2. des § 18 Abs. 6 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1976 (BGBl. I S. 989), der durch das Gesetz vom 16. Juli 1979 (BGBl. I S. 1037) geändert worden ist, und unter Berücksichtigung des Gesetzes vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 625),
- zu 3. des § 18 Abs. 6 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645).

Bonn, den 28. Oktober 1983

Der Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft  
Dr. Dorothee Wilms

VI. Diese Bescheinigung ist, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, 10 Tage gültig.

Ausgefertigt in ..... am .....  
(Ort)

(Siegel)

.....  
(Unterschrift des amtlichen Tierarztes)

- 
- 1) Die Gesundheitsbescheinigung ist nicht für Eier oder Sperma zu verwenden, die oder das für amtlich anerkannt IPN-, VHS- und SVC-unverdächtige oder -freie Fischzuchtanlagen oder Fischzuchtanlagen, die einem Verfahren zur Erlangung einer solchen Anerkennung angeschlossen sind, bestimmt sind.
  - 2) Nichtzutreffendes streichen.
  - 3) Im Falle der Einfuhr von Sperma streichen.

## § 7

**Vergleiche, Veränderungen von Ansprüchen**

Die Befugnis des Bundesverwaltungsamtes zum Abschluß von Vergleichen und zur Stundung, Niederschlagung und zum Erlaß von Ansprüchen richtet sich nach den §§ 58 und 59 der Bundeshaushaltsordnung.

## § 8

**Verzug**

(1) Die Verzugszinsen nach § 18 Abs. 2 des Gesetzes sind von der jeweiligen Darlehens(rest)schuld zu erheben.

(2) Die Verzinsung beginnt mit dem auf den Zahlungstermin folgenden Kalendermonat. Einem Kalendermonat sind 30 Tage zugrunde zu legen.

(3) Nach dem Zahlungstermin werden gesondert erhoben:

1. 4 DM Mahnkosten,
2. Verzugszinsen.

(4) Die Verzugsfolgen nach den Absätzen 1 bis 3 treten unabhängig davon ein, ob dem Darlehensnehmer ein Bescheid nach § 10 zugegangen ist. Abweichend von Satz 1 treten die Verzugsfolgen nicht ein, solange der Bescheid dem Darlehensnehmer aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht zugegangen ist. Ist der Bescheid dem Darlehensnehmer zugegangen, werden Verzugszinsen nur hinsichtlich der darin genannten Darlehensschuld berechnet.

## § 9

**Datenermittlung**

(1) Die Ämter für Ausbildungsförderung stellen nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres bis zum 31. März dem Bundesverwaltungsamt die für die Zinsberechnung und den Darlehenseinzug erforderlichen Daten über

1. die in dem Kalenderjahr geleisteten Darlehen,
2. die in dem Kalenderjahr getroffenen Änderungen über in zurückliegenden Kalenderjahren geleistete Darlehen

auf für die elektronische Datenverarbeitung geeigneten, maschinell lesbaren Datenträgern zur Verfügung.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die Ämter für Ausbildungsförderung in Einzelfällen, in denen die maschinelle Datenmitteilung wegen eines unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes nicht vertretbar ist, die Datenmitteilung an das Bundesverwaltungsamt auf den Darlehensfassungsbögen übermitteln.

(3) (Aufgehoben)

(4) Werden an einen Auszubildenden innerhalb eines Kalenderjahres von mehreren Ämtern für Ausbildungsförderung Darlehen geleistet, so hat jedes Amt die Höhe des von ihm gezahlten Darlehens dem Bundesverwaltungsamt mitzuteilen.

(5) Die Akten verbleiben bei dem Amt für Ausbildungsförderung, das zuletzt mit einer Entscheidung in

der Förderungsangelegenheit befaßt war. Sie sind dem Bundesverwaltungsamt auf Anforderung zu überlassen.

(6) (Aufgehoben)

## § 10

**Rückzahlungsbescheid**

Unbeschadet der nach § 18 Abs. 3 des Gesetzes eintretenden Fälligkeit der Rückzahlungsraten erteilt das Bundesverwaltungsamt dem Darlehensnehmer einen Bescheid, in dem der Zeitpunkt des Beginns der Rückzahlung des Darlehens, die Höhe der monatlichen oder vierteljährlichen Raten sowie gegebenenfalls die Gesamthöhe des Zinsbetrages festgestellt werden.

## § 11

**Rückzahlungsbedingungen**

(1) Die Rückzahlungsraten sind bei monatlicher Zahlungsweise (§ 18 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes) jeweils am Ende des Monats, bei vierteljährlicher Zahlungsweise (§ 18 Abs. 4 des Gesetzes) jeweils am Ende des dritten Monats in einer Summe zu leisten.

(2) Der Rückzahlungsbetrag wird im Auftrag des Bundesverwaltungsamtes von der Bundeskasse Düsseldorf im Lastschriftinzugsverfahren von einem laufenden Konto des Darlehensnehmers eingezogen. Kann diesem die Einrichtung eines solchen Kontos nicht zugemutet werden, ist die unbare Zahlung auf ein vom Bundesverwaltungsamt bestimmtes Konto der Bundeskasse zuzulassen.

## § 12

**Mitteilungspflichten**

(1) Der Darlehensnehmer ist verpflichtet,

1. jeden Wohnungswechsel und jede Änderung des Familiennamens,
2. (Aufgehoben)
3. (Aufgehoben)
4. während der Dauer der Freistellung von der Rückzahlungsverpflichtung jede nach der Geltendmachung eintretende Änderung seiner nach § 18 a des Gesetzes maßgeblichen Familien- und Einkommensverhältnisse

dem Bundesverwaltungsamt unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Darlehensnehmer, die vor dem 1. August 1983 Darlehen erhalten haben, sind darüber hinaus verpflichtet, dem Bundesverwaltungsamt die Beendigung des Ausbildungsabschnitts, für den ihnen Darlehen nach dem Gesetz geleistet worden sind, sowie in den Fällen des § 13 a Beginn und Ende einer nach § 3 Abs. 1 und 2 fortgesetzten und weiteren Ausbildung unverzüglich unter Beifügung von Unterlagen schriftlich mitzuteilen.

(2) Kommt der Darlehensnehmer seiner Pflicht zur Mitteilung eines Wohnungswechsels nach Absatz 1 Nr. 1 nicht nach und muß seine Anschrift deshalb ermittelt werden, so hat er für die Ermittlung, sofern nicht höhere Kosten nachgewiesen werden, pauschal fünfzig Deutsche Mark zu zahlen. § 8 Abs. 3 Nr. 1 gilt entsprechend.

**Zweite Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über die Einziehung  
der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen**

**Vom 28. Oktober 1983**

Auf Grund des § 18 Abs. 6 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**Artikel 1**

Die Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 9. Juli 1980 (BGBl. I S. 895), geändert durch die Verordnung vom 5. Mai 1982 (BGBl. I S. 606), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 6 wird aufgehoben.
2. § 3 wird aufgehoben.
3. Im § 4 wird Absatz 1 wie folgt gefaßt:  
„(1) Der Antrag auf Teilerlaß des Darlehens nach § 18 b Abs. 1 a des Gesetzes ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Feststellungs- und Rückzahlungsbescheides (§ 18 Abs. 5 a des Gesetzes, § 10) unter Angabe der Förderungsnummer des Amtes, das zuletzt mit einer Entscheidung in der Förderungsangelegenheit befaßt war, beim Bundesverwaltungsamt zu stellen. Die Zeitpunkte von Beginn und Beendigung des Ausbildungsabschnitts nach § 15 a Abs. 3 des Gesetzes sind nachzuweisen. Das Bundesverwaltungsamt teilt seine Entscheidung dem Antragsteller schriftlich mit.“
4. § 8 Abs. 3 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:  
„1. 4 DM Mahnkosten.“
5. Im § 9 wird Absatz 6 aufgehoben.
6. § 12 wird wie folgt geändert:
  - a) Im Absatz 1 werden der Text der Nummern 2 und 3 sowie die Textstelle „, in den Fällen der Nummern 2 und 3 unter Beifügung von Unterlagen“ gestrichen.
  - b) Im Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:  
„Darlehensnehmer, die vor dem 1. August 1983 Darlehen erhalten haben, sind darüber hinaus verpflichtet, dem Bundesverwaltungsamt die Beendigung des Ausbildungsabschnitts, für den ihnen

Darlehen nach dem Gesetz geleistet worden sind, sowie in den Fällen des § 13 a Beginn und Ende einer nach § 3 Abs. 1 und 2 fortgesetzten und weiteren Ausbildung unverzüglich unter Beifügung von Unterlagen schriftlich mitzuteilen.“

c) Im Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„§ 8 Abs. 3 Nr. 1 gilt entsprechend.“

7. § 13 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Es leistet zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres jedem Land eine Abschlagszahlung in Höhe des ihm voraussichtlich zustehenden Betrages und führt bis zum 30. Juni des laufenden Jahres den Restbetrag ab, der ihm nach der Aufstellung gemäß Satz 1 zusteht.“

8. Nach § 13 wird eingefügt:

**„§ 13 a  
Übergangsregelung**

Für die Ermittlung des Rückzahlungsbeginns in den Fällen des § 66 a Abs. 5 des Gesetzes ist § 3 in der bis zum Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 28. Oktober 1983 (BGBl. I S. 1339) geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.“

**Artikel 2**

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft kann den Wortlaut der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen in der vom 5. November 1983 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

**Artikel 3**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 67 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes auch im Land Berlin.

**Artikel 4**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Oktober 1983

Der Bundesminister  
für Bildung und Wissenschaft  
Dr. Dorothee Wilms

**Anlage**  
(zu § 6 Abs. 1)

Ablösung des Darlehens bis zu einschließlich  DM	Nachlaß in v. H. und Zahlungsbetrag zur Ablösung des Darlehensbetrages in Spalte 1 bei einer monatlichen Mindestrückzahlungsrate von			
	50 DM oder 80 DM		120 DM	
	Nachlaß v. H.	Zahlungsbetrag DM	Nachlaß v. H.	Zahlungsbetrag DM
1	2	3	4	5
1 000	10,0	900	9,0	910
2 000	13,0	1 740	11,0	1 780
3 000	16,0	2 520	13,0	2 610
4 000	19,0	3 240	15,0	3 400
5 000	21,5	3 925	17,0	4 150
6 000	24,5	4 530	19,0	4 860
7 000	27,0	5 110	21,0	5 530
8 000	29,5	5 640	22,5	6 200
9 000	31,5	6 165	24,5	6 795
10 000	34,0	6 600	26,0	7 400
11 000	36,0	7 040	27,5	7 975
12 000	38,0	7 440	29,5	8 460
13 000	40,0	7 800	31,0	8 970
14 000	41,5	8 190	32,5	9 450
15 000	43,5	8 475	34,0	9 900
16 000	45,0	8 800	35,0	10 400
17 000	47,0	9 010	36,5	10 795
18 000	48,5	9 270	38,0	11 160
19 000	50,0	9 500	39,0	11 590
20 000	50,0	10 000	40,5	11 900
21 000	50,0	10 500	41,5	12 285
22 000	50,0	11 000	43,0	12 540
23 000	50,0	11 500	44,0	12 880
24 000	50,0	12 000	45,0	13 200
25 000	50,0	12 500	46,5	13 375
26 000	50,0	13 000	47,5	13 650
27 000	50,0	13 500	48,5	13 905
28 000	50,0	14 000	49,5	14 140
29 000 (und mehr)	50,0	14 500	50,5	14 355

**Verordnung  
über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen  
(DarlehensV)**

## § 1

**Reihenfolge der Tilgung**

(1) Darlehen nach dem Ausbildungsförderungsgesetz vom 19. September 1969 (BGBl. I S. 1719) werden vor solchen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz eingezogen.

(2) Hat ein Auszubildender sowohl Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz als auch nach

1. den Besonderen Bewilligungsbedingungen für die Vergabe von Bundesmitteln zur Förderung von Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft vom 19. November 1970 oder
2. den in der Verordnung zur Bezeichnung der landesrechtlichen Vorschriften nach § 59 Abs. 3 Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 18. November 1971 (BGBl. I S. 1822), geändert durch die Verordnung vom 29. März 1974 (BGBl. I S. 828), bezeichneten landesrechtlichen Vorschriften für den Besuch einer der in § 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes bezeichneten Ausbildungsstätten

erhalten, so werden auf seinen Antrag die Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erst nach den Darlehen getilgt, die nach den in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Vorschriften geleistet worden sind. Abweichend von Satz 1 können Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz eingezogen werden, solange die Einziehung der Darlehen, die nach den in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Vorschriften geleistet worden sind, nicht erfolgt.

(3) Verzinsliche Darlehen nach § 17 Abs. 4 des Gesetzes in der bis 31. März 1976 geltenden Fassung werden vor unverzinslichen Darlehen nach diesem Gesetz eingezogen.

(4) Die Rückzahlungsraten werden auf Kosten, Zinsen und Darlehen in dieser Reihenfolge angerechnet.

(5) Bei mehreren gleichartigen Darlehen ist das ältere vor dem jüngeren zu tilgen.

(6) (Aufgehoben)

## § 2

**Dauer der Verzinsung**

Das Darlehen nach § 17 Abs. 4 des Gesetzes in der bis 31. März 1976 geltenden Fassung ist von Beginn des Jahres an zu verzinsen, das auf die Auszahlung des Betrages folgt.

## § 3

(Aufgehoben)

## § 4

**Teilerlaß**

(1) Der Antrag auf Teilerlaß des Darlehens nach § 18 b Abs. 1 a des Gesetzes ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Feststellungs- und Rückzahlungsbescheides (§ 18 Abs. 5 a des Gesetzes, § 10) unter Angabe der Förderungsnummer des Amtes, das zuletzt mit einer Entscheidung in der Förderungsangelegenheit befaßt war, beim Bundesverwaltungsamt zu stellen. Die Zeitpunkte von Beginn und Beendigung des Ausbildungsabschnitts nach § 15 a Abs. 3 des Gesetzes sind nachzuweisen. Das Bundesverwaltungsamt teilt seine Entscheidung dem Antragsteller schriftlich mit.

(2) In den Fällen des § 18 b Abs. 2 des Gesetzes erläßt das Bundesverwaltungsamt das Darlehen vom Beginn des Monats an, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, frühestens jedoch vom Beginn des Antragsmonats an. Über den Erlaß wird nachträglich, in der Regel für einen Zeitraum von jeweils zwei Jahren, entschieden.

## § 5

**Freistellung von der Rückzahlungsverpflichtung**

(1) In den Fällen des § 18 a Abs. 1 Satz 1 bis 3 und Abs. 2 des Gesetzes ist der Darlehensnehmer vom Beginn des Monats an zur Rückzahlung nicht verpflichtet, in dem er das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür schriftlich geltend macht.

(2) Hat der Darlehensnehmer die Rückzahlungsraten für drei Monate in einer Summe zu entrichten (§ 18 Abs. 4 des Gesetzes), so gilt ein Drittel seines Gesamteinkommens des Dreimonatszeitraumes als Einkommen für einen Kalendermonat.

(3) Über die Freistellung von der Rückzahlungsverpflichtung wird in der Regel für die Dauer von 12 Monaten entschieden.

## § 6

**Vorzeitige Rückzahlung**

(1) Über den Antrag auf Gewährung eines Nachlasses wegen vorzeitiger Rückzahlung der Darlehens(rest)schuld nach § 18 Abs. 5 b des Gesetzes entscheidet das Bundesverwaltungsamt nach Maßgabe des Absatzes 2 und der Anlage zu dieser Verordnung.

(2) Löst der Darlehensnehmer die gesamte Darlehens(rest)schuld nicht in einer Summe ab, so wird der Nachlaß nur für die Ablösung von vollen tausend Deutschen Mark, mindestens jedoch viertausend Deutschen Mark gewährt. In diesen Fällen wird der Nachlaß jedoch nur dann gewährt, wenn sich der Darlehensnehmer damit einverstanden erklärt, daß der Ablösungsbetrag auf die zuletzt fällig werdenden Rückzahlungsraten angerechnet wird.

**Bundesgesetzblatt****Teil II****Nr. 27, ausgegeben am 29. Oktober 1983**

Tag	Inhalt	Seite
10. 10. 83	Verordnung über die Änderung des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge .....	658
12. 10. 83	Verordnung über die Inkraftsetzung des Internationalen Übereinkommens von Torremolinos über die Sicherheit von Fischereifahrzeugen von 1977 .....	659
4. 10. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit .....	668
4. 10. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit .....	670
5. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden .....	671
5. 10. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zollltarife .....	671
5. 10. 83	Bekanntmachung der Protokolle von 1983 zur weiteren Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980, welche die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971 bilden .....	672

---

*Die Anlage zum Übereinkommen „Regeln für die Bauart und die Ausrüstung von Fischereifahrzeugen“ wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung kostenlos übersandt.*

---

**Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband:** 4,10 DM (3,30 DM zuzüglich –,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,90 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 - 509 oder gegen Vorausrechnung.

---

§ 13

**Aufteilung der eingezogenen Beträge**

(1) Das Bundesverwaltungsamt übermittelt den Ländern nach Ablauf eines Kalenderjahres eine Aufstellung über die Höhe der eingezogenen Beträge und Zinsen (Darlehens- und Verzugszinsen) sowie über die Aufteilung nach Maßgabe des § 56 Abs. 2 des Gesetzes. Es leistet zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres jedem Land eine Abschlagszahlung in Höhe des ihm voraussichtlich zustehenden Betrages und führt bis zum 30. Juni des laufenden Jahres den Restbetrag ab, der ihm nach der Aufstellung gemäß Satz 1 zusteht.

(2) Kostenerstattungen nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 und § 12 Abs. 2 sowie Bußgelder nach § 14 verbleiben in voller Höhe dem Bund.

§ 13 a

**Übergangsregelung**

Für die Ermittlung des Rückzahlungsbeginns in den Fällen des § 66 a Abs. 5 des Gesetzes ist § 3 in der bis

zum Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 28. Oktober 1983 (BGBl. I S. 1339) geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.

§ 14

**Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 12 Abs. 1 Nr. 4 eine Änderung nicht unverzüglich schriftlich mitteilt.

§ 15

**Berlin-Klausel**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 67 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes auch im Land Berlin.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
9. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2541/83 der Kommission über die Durchführung der ergänzenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83, die Inhabern langfristiger Lagerverträge für Tafelweine vorbehalten sind	L 250/10	10. 9. 83
9. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2542/83 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 262/79 und (EWG) Nr. 1932/81 über den Verkauf von Butter bzw. über die Gewährung einer Beihilfe für Butter zur Herstellung von Backwaren, Speiseeis und anderen Lebensmitteln	L 250/11	10. 9. 83
12. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2549/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 625/78 hinsichtlich der Qualität des zur Intervention angebotenen Magermilchpulvers	L 252/5	13. 9. 83
12. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2551/83 der Kommission zur siebenten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3172/80 über die Durchführungsvorschriften für die Verbrauchsbeihilfe für Olivenöl	L 252/8	13. 9. 83
12. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2552/83 der Kommission betreffend die Annahme von Angeboten für Weichweizen für die Brotherstellung durch die Interventionsstelle im Monat August 1983 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2317/83	L 252/9	13. 9. 83
14. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2569/83 der Kommission über die Erteilung von Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch, dem bei der Einfuhr in ein Drittland eine besondere Behandlung zugute kommt, für das vierte Vierteljahr 1983	L 254/11	15. 9. 83
16. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2603/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2167/83 über die Durchführungsbestimmungen zur Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schüler in Schulen	L 258/16	17. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2612/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 hinsichtlich des Betrags der Kautioren für die Einfuhrlicenzen für Getreide mit Vorausfestsetzung der Abschöpfung	L 259/10	20. 9. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2692/83 des Rates zur Einführung einer Ausnahme von der Anwendung von Bestimmungen betreffend die Berichtigung der Frei-Grenze-Werte für bestimmte Käsesorten	L 267/1	29. 9. 83
29. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2710/83 der Kommission zur Ermöglichung der Verkürzung der Geltungsdauer von Verträgen über die private Lagerhaltung von Schweinefleisch	L 268/8	30. 9. 83
29. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2711/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1953/82 zur Einführung von Sonderbedingungen für die Ausfuhr bestimmter Käsesorten nach einigen Drittländern	L 268/9	30. 9. 83
29. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2712/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1832/83 zur Berichtigung bestimmter im voraus festgesetzter Erstattungen für Milch und Milcherzeugnisse	L 268/11	30. 9. 83
3. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2757/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2406/83 zur Gewährung einer Beihilfe für die Verwendung von konzentriertem Traubenmost und rektifiziertem konzentriertem Traubenmost für die Weinbereitung im Weinwirtschaftsjahr 1983/84	L 271/5	4. 10. 83
4. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2769/83 der Kommission zur Einführung einer Beihilfe für die private Lagerhaltung von Käse der Sorten Kefalotyri und Kasserì	L 272/16	5. 10. 83
6. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2793/83 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1107/68, (EWG) Nr. 2496/78, (EWG) Nr. 1402/83 und (EWG) Nr. 1441/83 über die Durchführungsbestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung der Käsesorten Grana Padano, Parmigiano-Reggiano, Provolone, von Käse der Sorte Pecorino Romano und anderer lagerfähiger Käsesorten	L 274/16	7. 10. 83

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
6. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2794/83 der Kommission über den Verkauf auf dem Binnenmarkt von 450 000 Tonnen zur Brotherstellung geeigneten Weichweizens aus Beständen der italienischen Interventionsstelle und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1687/76	L 274/18	7. 10. 83
6. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2795/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1244/82 betreffend den Zeitpunkt der Einreichung der Anträge auf Prämien für die Erhaltung des Mutterkuhbestands für das Wirtschaftsjahr 1983/84	L 274/20	7. 10. 83
6. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2800/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2742/82 über Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von getrockneten Trauben	L 274/25	7. 10. 83
6. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2801/83 der Kommission über die Einstellung des Seelachsfangs durch Schiffe unter dänischer Flagge	L 274/27	7. 10. 83
11. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2834/83 der Kommission über die 1983 aus Rumänien einföhrbaren Mengen an Schaf- und Ziegenfleischerzeugnissen	L 279/5	12. 10. 83
11. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2836/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2213/76 über den Verkauf von Magermilchpulver aus staatlicher Lagerhaltung	L 279/7	12. 10. 83
11. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2837/83 der Kommission zur Festsetzung der Beihilfe für Magermilch und Magermilchpulver zu Futterzwecken	L 279/8	12. 10. 83
<b>Andere Vorschriften</b>		
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2613/83 der Kommission über die Einstellung des Schollenfangs durch Schiffe unter niederländischer Flagge	L 259/11	20. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2614/83 der Kommission über die Einstellung des Garnelenfangs durch Schiffe unter französischer Flagge	L 259/12	20. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2615/83 der Kommission zur Wiedereinföhrung der Zölle für Methylamin, Dimethylamin und Trimethylamin und ihre Salze der Tarifstelle 29.22 A I mit Ursprung in Rumänien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3377/82 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	L 259/13	20. 9. 83
20. 9. 83 Entscheidung Nr. 2626/83/EGKS der Kommission zur Ergänzung der Entscheidung Nr. 2872/82/EGKS über Beschränkungen für die Ausfuhr von Stahlerzeugnissen in die Vereinigten Staaten von Amerika	L 260/9	21. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2632/83 des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Auberginen der Tarifstelle ex 07.01 T des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern (1983)	L 261/1	22. 9. 83
20. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2637/83 der Kommission über die Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	L 261/11	22. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2638/83 der Kommission zur Regelung der Einfuhr in das Vereinigte Königreich von bestimmten Textilwaren (Kategorie 5) mit Ursprung in Indien	L 261/14	22. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2639/83 der Kommission zur Regelung der Einfuhr in das Vereinigte Königreich von bestimmten Textilwaren (Kategorien 15 B und 16) mit Ursprung in Thailand	L 261/16	22. 9. 83
19. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2640/83 der Kommission zur Regelung der Einfuhr nach Irland von bestimmten Textilwaren (Kategorie 74) mit Ursprung in Thailand	L 261/18	22. 9. 83
20. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2651/83 der Kommission zur Regelung der Einfuhr nach Frankreich von bestimmten Textilwaren mit Ursprung in Rumänien	L 262/11	23. 9. 83

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
22. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2655/83 der Kommission über die Einstellung des Seezungenfangs durch Schiffe unter niederländischer Flagge	L 262/18	23. 9. 83
23. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2667/83 der Kommission über die Einstellung des Heringsfangs durch Schiffe unter der Flagge des Vereinigten Königreichs	L 263/13	24. 9. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2676/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 427/81 zur Ermächtigung Griechenlands, die für die Einfuhr der Erzeugnisse des Rindfleischsektors geltenden Zollsätze vollständig auszusetzen	L 264/5	27. 9. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2677/83 der Kommission zur Einführung von Höchstmengen für die Einfuhr in das Vereinigte Königreich von bestimmten Textilerzeugnissen mit Ursprung in Taiwan	L 264/6	27. 9. 83
21. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2681/83 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Beihilferegelung für Olsaaten	L 266/1	28. 9. 83
27. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2684/83 der Kommission zur Wiedererhebung der gegenüber dritten Ländern geltenden Zollsätze für bestimmte Waren mit Ursprung in Jugoslawien	L 265/5	28. 9. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2693/83 des Rates zur Eröffnung eines Gemeinschaftszollkontingents für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch der Tarifstellen 02.01 A II a) und 02.01 A II b) des Gemeinsamen Zolltarifs	L 267/3	29. 9. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2694/83 des Rates zur Eröffnung eines Gemeinschaftszollkontingents für gefrorenes Büffelfleisch der Tarifstelle 02.01 A II b) 4 bb) 33 des Gemeinsamen Zolltarifs	L 267/4	29. 9. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2695/83 des Rates zur Verlängerung der Regelung für den Handel Griechenlands mit den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean	L 267/5	29. 9. 83
27. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2701/83 der Kommission zur Regelung der Einfuhr nach Frankreich von bestimmten Textilwaren mit Ursprung in Rumänien	L 267/16	29. 9. 83
30. 9. 83 Entscheidung Nr. 2748/83/EGKS der Kommission zur zweiten Änderung der Entscheidung Nr. 2177/83/EGKS zur Verlängerung des Systems der Überwachung und der Erzeugungsquoten für bestimmte Erzeugnisse der Unternehmen der Stahlindustrie	L 269/55	1. 10. 83
26. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2763/83 des Rates über das Zollverfahren der Umwandlung von Waren unter zollamtlicher Überwachung vor ihrer Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr	L 272/1	5. 10. 83
30. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2767/83 der Kommission zur Änderung der Höchstmengen für die Einfuhren bestimmter Textilerzeugnisse mit Ursprung in der Volksrepublik China	L 272/12	5. 10. 83
30. 9. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2768/83 der Kommission zur Regelung der Einfuhr in das Vereinigte Königreich von Geweben aus Baumwolle (Kategorie 2) mit Ursprung in Indonesien	L 272/14	5. 10. 83
4. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2776/83 der Kommission über die Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	L 273/9	6. 10. 83
3. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2777/83 der Kommission zur Änderung der Höchstmengen für die Einfuhren bestimmter Textilerzeugnisse mit Ursprung in Polen	L 273/12	6. 10. 83
3. 10. 83 Verordnung (EWG) Nr. 2786/83 des Rates zur Erhebung eines endgültigen Antidumpingzolls auf Kupfersulfat mit Ursprung in der Tschechoslowakei oder der UdSSR	L 274/1	7. 10. 83

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABl. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache –	
		Nr./Seite	vom
6. 10. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2796/83 der Kommission zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für Schuhe mit Laufsohlen und Oberteil aus Kautschuk oder Kunststoff der Tarifnummer 64.01, mit Ursprung in Malaysia, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3377/82 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	L 274/21	7. 10. 83
6. 10. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2797/83 der Kommission zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für andere Schuhe der Tarifstelle 64.02 B, mit Ursprung in den Philippinen, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3377/82 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	L 274/22	7. 10. 83
6. 10. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2798/83 der Kommission zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für andere Schuhe der Tarifstelle 64.02 B, mit Ursprung in Thailand, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3377/82 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	L 274/23	7. 10. 83
6. 10. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2799/83 der Kommission zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für Stehbildwerfer; photographische Vergrößerungs- oder Verkleinerungsapparate der Tarifnummer 90.09, mit Ursprung in Singapur, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3377/82 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	L 274/24	7. 10. 83
22. 9. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2807/83 der Kommission zur Festlegung der Einzelheiten der Aufzeichnung von Informationen über den Fischfang durch die Mitgliedstaaten	L 276/1	10. 10. 83
3. 10. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2809/83 des Rates zur Erhebung eines endgültigen Antidumpingzolls auf bestimmte Einfuhren von Außenbordmotoren mit Ursprung in Japan und zur Beendigung des Antidumpingverfahrens in bezug auf andere Einfuhren von Außenbordmotoren mit Ursprung in Japan	L 275/1	8. 10. 83
3. 10. 83	Verordnung (EWG) Nr. 2810/83 des Rates zur Festsetzung von Plafonds und zur Einrichtung einer gemeinschaftlichen Überwachung für die Einfuhren bestimmter Textilerzeugnisse mit Ursprung in Zypern (1983)	L 275/3	8. 10. 83
	– Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2373/83 der Kommission vom 22. August 1983 mit den Durchführungsbestimmungen für die Destillation gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 für das Weinwirtschaftsjahr 1983/84 (ABl. Nr. L 232 vom 23. 8. 1983)	L 265/22	28. 9. 83
	– Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2406/83 der Kommission vom 25. August 1983 zur Gewährung einer Beihilfe für die Verwendung von konzentriertem Traubenmost und rektifiziertem konzentriertem Traubenmost für die Weinbereitung im Weinwirtschaftsjahr 1983/84 (ABl. Nr. L 236 vom 26. 8. 1983)	L 265/22	28. 9. 83
	– Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2510/83 der Kommission vom 7. September 1983 über eine Ausnahme in bezug auf den Gehalt bestimmter Weine an flüchtiger Säure (ABl. Nr. L 248 vom 8. 9. 1983)	L 265/22	28. 9. 83
	– Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2027/83 des Rates vom 18. Juli 1983 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 zur Einführung von Sondermaßnahmen für Raps- und Rübsensamen und Sonnenblumenkerne (ABl. Nr. L 199 vom 22. 7. 1983)	L 267/26	29. 9. 83
	– Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiung (ABl. Nr. L 105 vom 23. 4. 1983)	L 274/40	7. 10. 83

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 6,05 DM (4,95 DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,85 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

## Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 392. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 30. September 1983, ist im Bundesanzeiger Nr. 195 vom 15. Oktober 1983 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 195 vom 15. Oktober 1983 kann zum Preis von 3,90 DM (3,00 DM + 0,90 DM Versandkosten einschl. 7 % Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.